

VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 850 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1888.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aufnahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Strasse 54.

Nr. 37.

Sonnabend, den 15. September 1888.

II. Jahrgang.

Inhalt:

Ist der Sozialismus bloß eine Magenfrage? — Der deutsche Katholikentag und die Arbeiterfrage. — Kant als Republikaner. — Die französischen Gewerkschaften. III.

Gedicht von Hensel. — Berliner Sittenbild von Max Kreher. — Wohin kommt man heute mit der Ehrlichkeit? — Wirtschaftliche Widersprüche. — Der Kongress der skandinavischen Fachvereine. — Die Welt der Arbeiter. — Sammelt Euch!

Politische Nachrichten. — Kleine Mitteilungen. — Gewerkschaftliches. — Vereine und Versammlungen.

Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet eifrig für die weitere Verbreitung dieses Blattes ein!

Bestellungen nehmen in Berlin alle Expedition entgegen. Listen zum Sammeln von Abonnenten jederzeit durch unsere Expedition, Oranienstraße 23, zu beziehen.

Ist der Sozialismus bloß eine Magenfrage?

Man hat die große soziale Bewegung unserer Zeit oft auf eine bloße Magenfrage zurückgeführt, auf die Frage: wie verschaffen wir den heute mit dem dürftigsten Lebensunterhalt abgefundenen Arbeitern reichlicheres Essen, bessere Kleidung und Wohnung?

Eine derartige Besserung ist gewiß von ungeheurer Wichtigkeit und wird zweifellos auch die ganze geistige und moralische Stellung der Arbeiter auf das Günstigste beeinflussen. Aber es wäre falsch, an dem heutigen kapitalistischen System in erster Linie nur diese wirtschaftlichen Schattenseiten zu sehen und die ganz allgemeinen kulturellen Schäden und Widersprüche weniger zu betonen.

Wir wollen hier diesbezüglich nur in aller Kürze drei besonders auffällige Beobachtungen ins Feld führen. Sie sind so schlagend, daß sie selbst von Nicht-Sozialisten mit den Händen gegriffen werden können und eines eingehenden Kommentars kaum bedürfen:

1. Während der ganze Geist der gegenwärtigen Geschichtsperiode gebieterisch dahindrängt, daß dem Einzelnen ein möglichst hohes Maß individueller Unabhängigkeit rechtlich zugestanden wird, bringt das herrschende System der freien Konkurrenz mit dem freien Wollen der (durchaus unverschuldet) ungleichen Kräfte es im Gegenteil soweit, daß faktisch die große Mehrzahl der Menschen in ein entwürdigendes, die Moral schädigendes, materielles Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnis zu der Minorität tritt, wo doch die Ausgleichung der dahin führenden natürlichen Ungleichheiten nach dem herrschenden Volksbewußtsein eine Aufgabe unserer Kulturperiode sein sollte.

2. Triviale Darwinianer haben nachzuweisen versucht, daß der „Kampf um's Dasein“ in der Tierwelt auch in der Menschenwelt seine Anwendung finde und dort den „Sieg“ des wirtschaftlich Stärkeren über den Schwächeren „rechtfertige“. Diese Leichtfertigen vergessen nur, daß die Millionen und Abermillionen „schwacher“ Menschen die qualvolle Pein dieses ausichtslosen Ankampfens gegen angeblich naturnothwendige unbesiegbare Stärke ganz anders empfinden, als die Tierwelt, und daß eine mehr als thierische Grausamkeit darin liegt, wenn die moderne Kultur auf der einen Seite bestrebt ist, die Individuen ausnahmslos mehr und mehr zum „Bewußtsein des Menschenthums“ zu erziehen und ihre soziale Empfindlichkeit zu schärfen und wenn man dann auf der anderen Seite

sie „naturgesetzlich“ zu der ewigen Pein des Unterliegens verdammt!

Drittens ist es keineswegs ausgemacht, daß in diesem „Kampf um's Dasein“ in der Menschenwelt wirklich nur die „Besseren“ und Stärkeren die Oberhand behalten. Vielmehr sind es in den meisten Fällen die gewissenloseren Elemente, welche oben schwimmen, weil sie die ihnen günstigeren ökonomischen Verhältnisse rücksichtslos ausbeuten. Daraus ergibt sich dann wieder mit Naturnothwendigkeit, daß nicht nur die Gewissenlosen durch den Erfolg gereizt, noch gewissenloser werden, sondern daß auch die von Natur besseren Elemente, theils durch das Vordringen der schlechteren in Versuchung geführt, theils aber auch durch das verhängnisvolle System der freien Konkurrenz — dieser „menschlichen“ Form des „Kampfes um's Dasein“ — genöthigt werden, sich dem gewissenlosen Treiben anzuschließen. Dieser durch alle Gruppen der „freien“ Interessenkämpfer sich hindurchschlingende Charakterzug steigender Gewissenlosigkeit (der es nach dem Ausspruch eines Wiener Finanzmannes bewirkt, daß Niemand Millionär werden kann, ohne das Zuchthaus mit dem Kessel zu streifen) muß natürlich die gesammte wirtschaftliche Moral der modernen Kulturvölker aufs schmachvollste untergraben, so lange das herrschende System eben herrschend bleibt.

Vollständige Unabhängigkeit von Einzelnen, die allein der Würde des Menschen entspricht, Beseitigung der Konkurrenz, welche allen Gemeinsinn auflöst und einen widerlichen, kulturfeindlichen Egoismus großzieht — man sieht, mit bloßen Einkommensverbesserungen der Arbeiter sind diese Ziele noch lange nicht erreicht, mit der bloßen Magenfrage ist die soziale Frage noch lange nicht gelöst.

Die soziale Frage ist keine bloße Lohnfrage, wie uns manche Staatssozialisten glauben machen wollen; sie ist erst recht keine bloße Frage der Fürsorge für Kranke und Gebrechliche; sondern sie ist eine Frage der Unabhängigkeit und der Würde der Menschen — und in diesem Sinne wird sie nicht durch kleine Eingriffe in die heutige Wirtschaftsordnung beseitigt, sondern lediglich durch Aufhebung der dienenden Stellung der Arbeit, durch Beseitigung der Konkurrenz und durch die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz des ganzen Volkes.

Die soziale Frage auf dem Katholikentage zu Freiburg i. B.

× Um die Arbeiter zu fördern, machen bekanntlich seit einiger Zeit alle „Kirchen“ auch in Sozialpolitik.

So lange die Arbeiterbewegung nicht mächtig hervortrat, haben sich die Herren Geistlichen und ihre Beibrüder und Beschwestern um die Arbeiterfrage leider wenig gekümmert. Sie beschränkten sich alle darauf, den Arbeitern Genügsamkeit und Gehorsam zu predigen und einen Lohn in anderen besseren Welten zu verkünden. Als sie merkten, daß die Arbeiter auch ihren Theil an den irdischen Freuden verlangten — die ja die Herren Geistlichen ebenfalls recht hoch schätzen, wie ihr Streben nach Aufbesserung ihrer Gehälter zeigt —, als die Arbeiter aus den Kirchen, die ihnen in vielen Jahrhunderten nichts Nützliches gebracht hatten, fortblieben, da sahen die Herren Geistlichen ein, daß sie nun in ihre alte Leier doch einmal eine neue Walze würden einfügen müssen.

Mit der ihnen eigenen Klugheit haben sie es denn auch versucht, den Pelz der sozialen Frage zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Die Kirchen und ihre Diener sind überall mit den herrschenden Mächten in der Staats- und Gesellschaftsordnung so verwachsen, daß es ganz unmöglich ist zu erwarten, es werde aus der Sakristei irgend einer Kirche irgendwie ein ernstlicher Widerstand gegen die Ausnutzung der Arbeiter durch die Kapitalistenklasse kommen, denn das Fundament aller äußeren kirchlichen Einrichtungen ist eben auch nur das Geld. Die Kirchen müssen, wenn sie auf den Glanz und Pomp und auf das

Wohlleben ihrer Pfaffen nicht verzichten wollen (und das können und werden sie nie) immer auf Seiten des Kapitals gegen die Arbeit stehen, so wie die Interessen dieser beiden Mächte mit einander in ernstem Widerstreit gerathen. Die Kirchen und ihre Diener können in diesem Streite nicht einmal die Rolle der unparteiischen Vermittler übernehmen, da ihr Interesse sie mächtig nach der einen Seite, der Seite des Kapitals hinzieht.

Die Kirche kann aber andererseits auch die Arbeiter nicht entbehren. Zur Parade, zum Festzuge gehört der Schaupöbel. Man kann sich jene ohne diesen gar nicht vorstellen. Man denke einen pomphaften Zug durch öde Straßen gehen oder durch Reihen von Männern, die ihn verachten, das ginge nicht. Um den Pomp zu machen, gehört außer Geld auch Volk, und der Pomp lebt von der Bewunderung der ihn anstaunenden gläubigen Menge. Vor Allem aber sind die Scherlein der Armen im Gotteskasten durchaus nicht zu verachten. Sie wiegen durch ihre Menge die immerhin recht knauserigen Gaben der Reichen weit auf. Nein, die Kirchen haben allen Grund, es mit den Arbeitern durchaus nicht zu verderben. Da wird denn den Arbeitern gegenüber die süße und liebevolle Miene aufgesetzt, man giebt sich den Anschein, für sie etwas mehr als Gebote, Segen und Verheißungen in der Tasche zu haben, man riefet vor Milde und Arbeiterfreundlichkeit, hütet sich aber auch sehr, nach der anderen Seite zu hart anzustoßen.

Man theilt sich in die Rollen. Während der Herr Kaplan oft so schöne sozialistische Reden hält oder die frommen Blätter Aufsätze über Ausbeuterei der Arbeiter durch das Kapital bringen, die einem Sozialdemokraten alle Ehre machen würden, erklärt der Parlamentsvertreter der Herren Schwarzröcke, der Herr Windhorst, daß er und seine Freunde nimmer zugeben werden, daß die Arbeiter sich eine wirksame Organisation schaffen. Eine Arbeiter-Versammlung darf nur unter dem Vorhange eines „Arbeitgebers mit eiserner Faust“ tagen! Dies proklamirt er als Grundsatz seiner kirchlichen Freunde und Genossen.

Da aber ohne eine Organisation der Arbeiter der Kampf gegen das Kapital sehr schwer gemacht wird, so sieht man, wo der Weg eigentlich hinausgeht. Es ist die Absicht der Herren Geistlichen, die Arbeiter durch Redensarten einzuschläfern, sie mit allerlei Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten zu beschäftigen, ihnen einige ganz untergeordnete Erleichterungen zu verschaffen, die dem Kapitalisten nicht sehr un bequem sein dürfen, dafür die Arbeiter in allerlei kirchliche Vereine zu bringen und dem Einfluß der Geistlichkeit zu unterstellen, die dann dafür sorgt, daß sie dem Kapital nicht gefährlich werden können.

Nach dieser Richtung hin bewegen sich die Verhandlungen über die soziale Frage auch auf dem diesjährigen Katholikentage zu Freiburg im Breisgau. Man ruft auf zur Gründung von kirchlichen Arbeitervereinen, die eine bequeme Fessel für die Arbeiter sein sollen, und wirft den Arbeitern allerlei Köder aus, weiß dabei aber, wie jener „taschierte“ Löwe im Luftpel, den Kapitalisten gleichzeitig zu sagen, daß man durchaus kein Löwe, sondern ein sehr zahmer Mann sei, vor dem man gar keine Furcht zu haben brauche.

Der Herr schweizerische Nationalrath Decurtius erklärte:

Das Ideal der christlichen Sozialpolitik sei die Schaffung eines sozialen Gottesfriedens.

Hiermit ist einmal offen die Grenze gezogen, die die christlichen Sozialpolitiker von den arbeiterfreundlichen Sozialpolitikern fest und bestimmt trennt. Die letzteren wollen mehr als den Gottesfrieden, sie wollen eine feste Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die das Faust- und Fehderecht der Kapitalmächten aufhebt.

Der „Gottesfriede“ war eine Einrichtung von der Kirche, daß an gewissen Tagen die Fehden unterbleiben sollten, durch welche der Wohlstand des Landes zum nicht geringen Schaden der Kirche selbst vernichtet wurde. Auch damals nahm die Kirche, statt entschieden für Ordnung der Verhältnisse einzutreten, eine doppelgängige Stellung ein. Ihren Prälaten und Würdenträgern war

das Fehderecht der Großen, das sie selbst ausübten, gerade so heilig und unantastbar, wie den heutigen Prälaten und Würdenträgern das Recht des Kapitals gegenüber der Arbeit unumstößlich ist. Der „Gottesfriede“ ist das, was bei Jagd und Fischerei die Schonzeit ist. Man will Jagd und Fischerei nicht beseitigen, sondern nur verhüten, daß sie so ausgeübt werden, daß es nichts zu jagen und zu fischen mehr giebt, es soll der Ertrag ergiebiger gemacht werden.

Die wirklich arbeiterfreundlichen Sozialpolitiker wollen aber das Ausnutzungsrecht des Kapitals so beseitigen, wie das Fehderecht der Großen durch die Staatseinrichtungen beseitigt wurde.

Wir wollen den weltlichen Frieden der Gesellschaft legen, der mehr werth ist als der bloße „Gottesfriede“. Das Kapital soll so in die dienende Stellung gebracht werden, wie heute die ehemaligen Bannerherren der Fehden die Diener des Staates sind. Das ist unser Ziel, und dieses Streben scheidet uns von den christlichen Sozialpolitikern, die keine Abhilfe, sondern nur geringe Erleichterungen wollen, fest und bestimmt.

Es wird Sache der Arbeiter sein, diesen Unterschied zu erwägen, und sich nicht durch fromme Worte in die geschichtlichen Schlingen der kirchlichen Sozialreform locken zu lassen.

Wir bemerken noch, daß auf dem Katholikentage ein Herr Oberpfarrer Schmitz aus Arefeld die Kapuziner als die erfolgreichsten Gegner der Sozialdemokratie bezeichnete. Dann können wir also hoffen, daß die soziale Frage bald gelöst sein wird. Wenn es dabei nur nicht so geht wie mit der Mission unter den Juden. Jeder bekehrte Jude kostet so zwischen 27 und 28 Tausend Mark an Bekehrungskosten. Nun, die Kapuziner machen es bei Sozialdemokraten vielleicht billiger.

Kant als Republikaner.*)

„Wir, das Volk der Denker, die wir einen Kant hervorgebracht...“ so lautet eine wohlfeile, gedankenlose Redensart, welche zuweilen von unseren „Ordnungsparteien“, insbesondere natürlich von den gebiegenen Männern ihrer Presse, als stolzer Trumpf ausgespielt wird, um unwissende Gegner zu überdöseln und den eigenen Anhang im Glauben und Selbstbewußtsein zu stärken. Nun, angenommen, der Philosoph von Königsberg wäre wirklich ein Vertreter dessen gewesen, was die „Ordnungsparteien“ unter Staat verstehen, so würde dies für uns nichts beweisen; doch diese Annahme ist falsch; das „Volk der Denker, das einen Kant hervorgebracht“, möge vielmehr bedenken, daß dieser Kant ein Republikaner war. Wir machen auf diese Thatsache aufmerksam, nicht um Autoritäten für uns auszunutzen, sondern weil es gerecht und zugleich belustigend ist, elende Gegner mit ihren eigenen elenden Waffen zurückzuschleudern, und weil sich hierzu gegenwärtig ein besonderer Anlaß in dem Jubiläum von Kants „Kritik der praktischen Vernunft“ bietet; dieses vor hundert Jahren herausgegebene Buch enthält nämlich eine Sittlichkeitslehre, welche die Grundlage der Politik unseres Philosophen bildet.

Eine wesentliche Ursache der demokratischen Anschauungen Kants ist die Erwägung, daß nicht geistige Begabung und Bildung dem Menschen den höchsten Werth geben, weil sie sehr wohl mit schlechtem Handeln verbunden sein können und dieses alsdann sogar besonders gefährlich machen, daß vielmehr der gute Wille das Höchste im Menschen ausmacht, und daß in diesem Punkte der schlechte Mann aus dem wenig wissenden Volke den gesellschaftlich Hochstehenden übertreffen kann. Mögen die bildungsstolzen Kinder unserer Zeit sich die bescheidenen Worte eines Kant zu Herzen nehmen: „Ich fühle den ganzen Dürst nach Erkenntniß und die begierige Unruhe, darin weiter zu kommen, oder auch die Zufriedenheit bei jedem Fortschritte. Es war eine Zeit, da ich glaubte, dieses Alles könnte die Ehre der Menschheit machen, und ich verachtete den Pöbel, der von nichts weiß. Rousseau hat mich zurecht gebracht. Dieser verblendete Vorzug verschwindet; ich lerne die Menschen ehren und würde mich viel unnützer finden als die gemeinen Arbeiter, wenn ich nicht glaubte, daß diese Betrachtung allen übrigen einen Werth geben könne, die Rechte der Menschheit herzustellen.“ Der gute Wille ist der Gehorsam gegen das Gewissen, das bedingungslos gebietende Pflichtbewußtsein, oder, um Kants berühmte Bezeichnung zu gebrauchen, den „kategorischen Imperativ“. Den kategorischen Imperativ aber drückt der Philosoph in der Formel aus: Handle so, daß, wenn alle so handelten, diese allgemeine Handlungsweise deinem Willen nicht zuwider wäre; was du nicht selbst von Andern leiden willst, das füge auch Andern nicht zu.

Da nun der kategorische Imperativ in jedes Menschen Brust spricht und geradezu aus dem Wesen des Menschen folgt, so ist der Mensch „selbstgesetzgebend“ nur seiner eigenen und dennoch allgemeinen Gesetzgebung unterworfen und nur verbunden, seinem eigenen, dem Naturzweck nach aber allgemein gesetzgebenden Willen gemäß zu handeln.“ Hierauf beruht die Würde des Menschen, welcher „seinem Gesetze gehorcht, als dem, das er zugleich sich selbst giebt.“

Gleichverpflichtung, Rücksicht auf die Allgemeinheit, Selbstständigkeit und Menschenwürde — diese moralischen

Ideen sind die Wurzelsäden, aus denen die Kant'sche Politik hervorwächst.

Wenn alle Menschen gleich verpflichtet sind, so folgt daraus, daß dasselbe, was ich Dir schuldig bin, Du auch mir schuldig bist, daß also Du sollst, weil ich soll; es folgt also aus der Gleichheit der Pflichten die Gleichheit der Rechte. Darum sagt unser Philosoph: „Die rechtlichen Attribute der Staatsbürger sind gesetzliche Freiheit, bürgerliche Gleichheit und Selbstständigkeit“; darum ist er ein Gegner der Vorrechte des Adels („Der Adel ist ein grundloses Prerogativ“); darum auch will er nicht haben, daß die Regierung irgend eine Religion bevorzugt, daß die Kosten der Erhaltung des Kirchenwesens dem Staate zur Last kommen anstatt dem Theile des Volkes, welcher sich zu der Kirche bekennt.

Aus der Menschenwürde folgt die Heiligkeit alles dessen, „was Menschenantlig trägt“, die Pflicht, den Menschen als persönliches, moralisches Wesen zu behandeln nicht aber als Sache, als bloßes Werkzeug und „Mittel zum beliebigen Gebrauch“, eine Pflicht, welche folgendermaßen formuliert wird: „Handle so, daß Du die Menschheit, sowohl in Deiner Person, als in der Person eines jeden Andern, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ — O heilige Kant, Kämpfer gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, was würdest Du zur Wirtschaftsordnung der besten aller Welten, zu unserer Produktionsweise, zu den Zuständen unserer Fabriken, Werkstätten und Landwirtschaften sagen! Und was zum Schlachtenmord verfloßener Jahre und zum Waffengerassel unserer Tage, der Du geschrieben hast: „Die moralisch-praktische Vernunft in uns spricht ihr unwiderstehliches Veto aus: Es soll kein Krieg sein!“, die Völker sollten „ihre Streitigkeiten auf zivile Art, gleichsam durch einen Prozeß, nicht auf barbarische (nach Art der Wilden), nämlich durch Krieg, entscheiden“; die geeignetste Verfassung, den „ewigen Frieden“ herbeizuführen, sei „vielleicht der Republikanismus aller Staaten sammt und sonders“ und zum Zwecke des ewigen Friedens werde die durch die Kriege beständig wachsende Noth einst richterlich die Völker verbinden.

Die Ueberzeugung von der moralischen Selbstständigkeit, der natürlichen „Autonomie“ eines jeden Menschen, ist es ganz besonders, welche Kant zum Republikaner macht; da nämlich jedes „Glied“ im „Reiche der Zwecke“ (in der Gesellschaft moralisch-vernünftiger Wesen) ein „Oberhaupt“ ein freies, souveränes Wesen ist, so ist das wahre Reich der Zwecke keine Monarchie, sondern eine Republik. Und so kann die gesetzgebende Gewalt nur dem vereinigten Willen des Volkes zukommen; die „reine Republik“ ist die „einzig rechtmäßige Verfassung“; „alle wahre Republik aber ist und kann nichts Anderes sein, als ein repräsentatives System des Volkes, um im Namen desselben, durch alle Staatsbürger vereinigt, vermittels ihrer Abgeordneten ihre Rechte zu besorgen“; „das Volk muß zu jeder Kriegserklärung vermittels seiner Repräsentanten seine freie Zustimmung geben“; „das Volk richtet sich selbst durch Geschworene“; die väterliche Regierung ist „die am meisten despotische unter allen (Bürger als Kinder zu behandeln)“.

Als Feind der Bevormundung des Volkes fordert Kant allgemeine Freiheit des Gedankens, der Presse und Rede; er macht geltend, daß „dem Staatsbürger und zwar mit Vergünstigung des Oberherrn selbst, die Befugniß zusteht, seine Meinung über das, was von den Verfügungen desselben ihm ein Unrecht gegen das Gemeinwesen zu sein scheint, öffentlich bekannt zu machen. Denn daß das Oberhaupt auch nicht einmal irren oder einer Sache unfundig sein könne, anzunehmen, würde ihn als mit himmlischen Eingebungen begnadigt und über die Menschheit erhaben vorstellen.“ „Die Freiheit der Feder ist das einzige Palladium der Volksrechte.“ Gehorsam zu verlangen, ohne den „Geist der Freiheit“ zuzulassen, der durch Vernunft von der Rechtmäßigkeit der staatlichen Zwangsrechte überzeugt sein will, ist „die veranlassende Ursache aller geheimen Gesellschaften.“ (!) Zur bürgerlichen Freiheit — so erklärte Kant schon vor der französischen Revolution in der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) —, zur Freiheit gehört auch die, „seine Gedanken, seine Zweifel, die man sich nicht selbst auflösen kann, öffentlich zur Beurtheilung auszustellen, ohne darüber für einen unruhigen und gefährlichen Bürger verfahren zu werden. Dies liegt schon in dem ursprünglichen Recht der menschlichen Vernunft, welche keine anderen Richter erkennt als selbst wiederum die allgemeine Menschenvernunft, worin ein Jeder seine Stimme hat; und da von dieser alle Besserung, deren unser Zustand fähig ist, herkommen muß, so ist ein solches Recht heilig und darf nicht geschmälert werden.“

Die sittliche Selbstbestimmung sucht Kant auch der Religion gegenüber zur Geltung zu bringen. „Die Moral bedarf weder der Idee eines anderen Wesens über dem Menschen, um seine Pflicht zu erkennen, noch einer anderen Triebfeder, als des Gesetzes selbst.“ Somit hat in den Religionen nur das wahre Wort, was eine moralische Bedeutung hat. „Die enge Pforte und der schmale Weg, der zum Leben führt, ist der des guten Lebenswandels; die weite Pforte und der breite Weg, den viele wandeln, ist die Kirche. Nicht als ob es an ihr und ihren Satzungen liege, daß Menschen verloren werden, sondern, daß das Gehen in dieselbe und Bekenntniß ihrer Statuten oder Celebrirung ihrer Gebräuche für die Art genommen wird, durch die Gott eigentlich gedient sein will.“ „Pfaffensthum“ nennt Kant die „Verfassung einer Kirche, sofern in ihr ein Feitschdienst regiert, welches allemal da anzutreffen ist, wo nicht Prinzipien der Sittlichkeit, sondern statutarische Gebote, Glaubensregeln und Observanzen die Grund-

lage und das Wesentliche desselben ausmachen.“ Ein Staat, der ein solches System unterstützt, könne hierbei „sehr übel fahren.“ Denn da das Annehmen dieser Statuten eine leichte und dem schlechtesten Menschen weit leichtere Sache ist, als dem Guten, dagegen die moralische Besserung der Gesinnung viel und lange Mühe macht, er aber von der ersteren hauptsächlich seine Seligkeit zu hoffen gelehrt worden ist, so darf er sich eben kein großes Bedenken machen, seine Pflicht (doch behutjam) zu übertreten, weil er ein unsichtbares Mittel bei der Hand hat, der göttlichen Strafgerechtigkeit (nur daß er sich nicht verspäten muß) durch seinen rechten Glauben an alle Geheimnisse und insändige Benutzung der Gnadenmittel zu entgehen.“ Jenes Pfaffensthum gewöhnt an Heuchelei, „wodurch es die Redlichkeit und Treue des Unterthanen untergräbt, sie zum Scheindienst auch in bürgerlichen Pflichten abtödtet und, wie alle fehlerhaft genommenen Prinzipien, gerade das Gegentheil von dem hervorbringt, was beabsichtigt war.“

Wie die angeführten Stellen zeigen, war also Kant Republikaner, ein echtes Kind des Zeitalters der großen Revolution. Doch es wäre falsch, in Kant einen durchweg folgerichtigen und ehrlichen Politiker zu sehen; sein Bild, wie es die Geschichte gezeichnet hat, zeigt auch einen Mangel, und es wäre ungerecht, diese Schwäche des Königsberger Philosophen unerwähnt zu lassen. Die freimüthige Aeußerung seiner Ueberzeugungen trug ihm, der unter Friedrich dem Großen ungestört hatte lehren können, unter der Regierung Friedrich Wilhelms II. eine Maßregelung durch den Minister Wöllner ein, welcher 1794 eine Kabinetsordre an Kant durchsetzte, in welcher es heißt: „Unser höchste Person hat seit geraumer Zeit großen Mißfallen ersehen: wie Ihr Eure Philosophie zur Entstellung und Herabwürdigung mancher Haupt- und Grundlehren der heiligen Schrift und des Christenthums mißbraucht. . . Wir verlangen des ehestens Eure gewissenhafteste Verantwortung und gewärtigen Uns von Euch bei Vermeidung Unserer höchsten Ungnade, daß Ihr Euch künftighin nichts dergleichen werdet zu Schulden kommen lassen, sondern vielmehr Eurer Pflicht gemäß Euer Ansehen und Eure Talente dazu anwenden, daß Unsere landesväterliche Intention je mehr und mehr erreicht werde; widrigenfalls Ihr Euch bei fortgesetzter Remittenz unschulbar unangenehmer Verfügungen zu gewärtigen habt.“ Was antwortete nun hierauf der Mann der „moralischen Autonomie“, der Verfechter der Gedankenfreiheit? Er antwortete vor seinem eigenen Gewissen mit einem Trutzschluß, welcher geeignet ist, ihn in diesem Falle in den Verdacht der Unehrlichkeit zu bringen. In seinem Nachlasse schreibt er: „Widerrief und Verleugnung seiner inneren Ueberzeugung ist niederträchtig und kann Niemandem zugemuthet werden, aber Schweigen in einem Falle wie der gegenwärtige, ist Unterthanenpflicht; und wenn alles, was man sagt, wahr sein muß, so ist darum nicht auch Pflicht, alle Wahrheit öffentlich zu sagen.“

Kant antwortete auf jene Kabinetsordre, er werde sich „fernerhin aller öffentlichen Vorträge in Sachen der Religion, es sei der natürlichen oder der geoffenbarten, in Vorlesungen sowohl wie in Schriften, völlig enthalten.“ Er faßte aber, wie er selbst hervorhebt, seine Erklärung an den König absichtlich so ab, daß er „beim etwaigen Ableben des Monarchen vor seinem“, wiederum in seine Freiheit zu denken eintreten könnte.“ Das that er denn auch alsbald nach dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. in seinem Werke „Der Streit der Fakultäten“, in dessen Vorrede er jenes Manuscript und seine Verantwortung zum Abdruck brachte. Wir halten diese Verantwortung für mißlungen. Denn wenn es Pflicht ist, nicht zu lügen, so hat dies den Zweck, die Wahrheit zu sagen und der „allgemeinen Menschenvernunft“ zum Siege zu verhelfen, von welcher „alle Besserung, deren unser Zustand fähig ist, herkommen muß“; dieser Zweck aber fordert auch, „alle Wahrheit öffentlich zu sagen.“ Und dieser höheren Pflicht gegenüber kann es vom Standpunkte Kants aus, welchem jeder Mensch ein freies, souveränes „Oberhaupt“ im „Reiche der Zwecke“ ist, keine „Unterthanenpflicht“ geben.

Eine Erklärung und einige Entschuldigung für dies Benehmen des Philosophen, welches als feige und streberhaft zu bezeichnen wäre, wenn Kant nicht Proben seiner Un eigennützigkeit und seines Muthes bei anderen Gelegenheiten geliefert hätte, einige Entschuldigung hierfür findet sich, wenn man bedenkt, daß der Mensch selbst im reifsten Alter noch unter dem Einfluß seiner Jugendzucht steht, daß Kant von pietistischen Eltern mit „beschränktem Unterthanenverstand“ erzogen wurde, und daß ein alter Mann — Kant war damals siebzig Jahre alt — nicht mehr die Klarheit und Festigkeit der Vollkraft besitzt.

Wie sich die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich entwickelte.

III.

Der größte Theil der in Paris bestehenden sozialistischen Gewerkschaften hat seinen Sitz in der „Arbeitsbörse“ aufgeschlagen.

Die Zahl der daselbst vertretenen Organisationen beträgt gegen 140, davon sind zirka 63 unabhängige Gewerkschaften, während der Rest zur possibilistischen Arbeiterpartei gehört.

Gegen 400 Gewerkschaften der Provinz stehen mit den Letzteren in Verbindung.

Die Zahl der gewerkschaftlich organisirten Arbeiter sowie die Mitgliederzahl der einzelnen Syndikate ist nicht

*) Anregung und Stoff zu diesem Aufsatze lieferte das werthvolle Büchlein „Kant und Schopenhauer“ von Georg von Gizicki, Leipzig 1888 bei Wilhelm Friedrich.

festgestellt, doch ist so viel sicher, daß nur ein kleiner Bruchtheil des französischen Proletariats organisiert ist. Die bestorganisirten und zahlreichsten Gewerkschaften sind die der Maschinenbauer, Steinmeger, Glasbläser, Hutmacher, Buchdrucker, Bronzearbeiter, Handelsangestellten, Köche, Schuhmacher, Friseur u. Sie umschließen jede gegen 1000—1700, im Mittel wohl 1500 Mitglieder; die Mitgliedschaft der meisten Arbeiter-Syndikate bleibt jedoch weit hinter den genannten Zahlen zurück. Dem Sekretariat der Arbeitsbörse, welches eine Art Zentralbureau, wenigstens für Paris, bildet, stehen keine diesbezüglichen genauen Daten zur Verfügung. „Bei unseren Nationalcharakter- und Organisationsverhältnissen“, sagte der Sekretär, „erweist sich eine derartige Statistik als fast unmöglich. Außerdem hätten die Zahlen für höchstens drei Monate Gültigkeit, da die Höhe der Mitgliedschaft der Syndikate mit jedem Ereignisse wechselt. Eine Gewerkschaft, welche heute 200 Mitglieder umschließt, hat morgen in Folge der Ereignisse vielleicht 15 000 Anhänger, um übermorgen unter die alte Zahl herabzufallen.“

Der jüngste Streik der Erdarbeiter illustrierte drastisch, wie zutreffend diese Aeußerung ist.

Die Abneigung, welche der französische Nationalcharakter gegen eine stark disziplinierte, regelmäßige Organisation empfindet, erklärt die Thatsache, daß Gewerkschaften, welche vor wenigen Jahren an der Spitze der berufsgenossenschaftlichen Bewegung der Arbeiter standen und eine zahlreiche Mitgliedschaft umfaßten, heute geradzu ohnmächtig und bedeutungslos sind. Die Bauarbeiter, welche einige Jahre zurück eine kräftige Organisation bildeten, mußten bei dem in den letzten Wochen ausgebrochenen theilweisen Streik zugeben, daß ihre Gewerkschaft weniger Mitglieder zähle, als der Verband der Unternehmer des Gewerkes. Von den 15 000 Pariser Bauarbeitern sind höchstens 400 organisiert und ähnlich oder schlimmer sieht es in den meisten Gewerken aus. Von den über 20 000 Mann betragenden Kunstschülern (ebenfalls) sind gegen 3000 organisiert, aber nur etliche Hunderte zahlen ihre Beiträge. Günstiger sind die Verhältnisse unter den Hutmachern, in Paris giebt es gegen 1100 gewerkschaftlich organisierte und 2000 nicht organisierte Arbeiter der Branche. Verschiedene Gewerkschaften ein- und derselben Industrie haben sich unter einander föderiert (durch Verband geeinigt), so sind z. B. die Buchdrucker, Hutmacher, Köche in Nationalverbänden. Die Gewerkschaften der Maschinenbauer und Metallarbeiter des Seine-Departements sind gegenwärtig im Begriff, einen departementalen Verband zu bilden.

Zu bemerken ist, daß in der Arbeitsbörse auch eine Gewerkschaft von Frauen ihren Sitz hat, dieselbe umschließt Kassierinnen, Verkäuferinnen, Wäscherinnen, Köchinnen u.

Die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder sind von verschiedener Höhe, sie betragen im Durchschnitt pro Monat einen Franc. Wie bereits angedeutet zahlen jedoch die meisten Mitglieder keine oder nur sehr unregelmäßige Beiträge. Von je 500 Gewerkschaften kommen fast nie mehr als ca. 150 ihren pekuniären Vereinspflichten nach. Die Kassenverhältnisse der Organisationen sind infolgedessen höchst traurige, und die finanzielle Ohnmacht wirkt auf die Agitation und Thätigkeit der Syndikate zurück. Die meisten Gewerkschaften sind durchaus unfähig, mit eigener Kraft einen Streik ihrer Mitglieder erfolgreich zu unterhalten, Fachorgane herauszugeben, eine kräftige Propaganda in der Provinz zu führen.

Einzelne Gewerkschaften machen hiervon eine rühmliche Ausnahme, so haben z. B. die Steinmeger, die Glasarbeiter, die Hutmacher gute Kassenverhältnisse, Buchdrucker, Köche u., geben ihr Fachorgan heraus.

Diese Situation erklärt auch, daß die Gewerkschaften keinen Kongreß, keine Kundgebung auf eigene Kosten beschicken, sondern auf Subventionen durch Staat und Kommune angewiesen sind.

Wie die Barberetisten auf Staatskosten reisen und tagen, so die sozialistischen Gewerkschaften mittels der Unterstüßungen seitens der Gemeindegewerkschaften, in erster Linie des hoch anständigen Pariser Stadtraths. Erst kürzlich wieder hat derselbe 35 000 Fr. bewilligt, um Delegirte der französischen Gewerkschaften nach den Ausstellungen von Glasgow, Kopenhagen und Barcelona zu senden. Das Nachsuchen um und das Annehmen von Subventionen durch die Behörden übt unseres Erachtens keinen guten Einfluß auf die Entwicklung der Arbeiterorganisationen aus, es korrumpirt, macht zu Kompromissen geneigt, nimmt das Vertrauen und Verlassen auf die eigene Kraft und fordert einen gewissen Geschäftsgeist.

Die Gewerkschaften sind nur in seltenen Fällen mit Streik, Unterstützungs-, Kranken-, Alters-, Invaliden- und Begräbniskassen verbunden.

Es steht zu hoffen, daß die Einrichtung der Pariser Arbeitsbörse, welche in Marseille und St. Etienne Nachahmung finden soll, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen zu Kraft und Saft verhilft. Bis jetzt allerdings, nach 1 1/2 jährigem Bestehen sind die vorliegenden Resultate noch nicht die erwarteten, und zwar meist infolge der Zwistigkeiten innerhalb der sozialistischen Partei, welche einen fortwährenden inneren Kampf unter den Gewerkschaften der Arbeitsbörse veranlaßt. Die größte Schuld muß auch hier auf Seiten der Possibilisten, beziehungsweise der possibilistischen Majorität der Gewerkschaften gesucht werden, der es in erster Linie nicht auf Verbreitung der Grundfähr, sondern die Unterwerfung der „unabhängigen“ Syndikate ankommt.

Die in der Arbeitsbörse ihren Sitz habenden Gewerkschaften suchen besonders auch durch Arbeitsvermitte-

lung neue Anhänger zu werben, sie verschaffen im Durchschnitt pro Monat 2113 Arbeitslosen Beschäftigung und Brot; während des ersten Halbjahres von 1888 vermittelten sie 12 678 Arbeitern Plätze. Die Sekretäre der einzelnen Gewerkschaften, welche in der Arbeitsbörse dauernd sind, vermitteln Arbeit durch Listen über Angebot und Nachfrage. Das Hauptsekretariat der Gewerkschaften läßt Donnerstag und Sonntag das „Bulletin officiel de la Bourse du Travail“, ein Organ der Gewerkschaften und korporativen Arbeitergruppen erscheinen. Dasselbe enthält die einschlägigen Nachrichten, Sitzungs- und Redenschaftsberichte, statistische Daten u. 315 Exemplare des Organs werden unentgeltlich an Gewerkschaften verschickt, 41 Pariser Gewerkschaften zahlen das Abonnement, desgleichen thun dies 10 Gewerkschaften der Provinz (Abonnementspreis pro Jahr 6 Fr.)

Die Exekutivkommission der Arbeitsbörse versendet gegenwärtig einen Fragebogen an alle gewerkschaftlichen Organisationen des In- und Auslandes, um statistische Daten über Zahl der Gewerkschaften, Höhe der Mitgliedschaft, Charakter der Vereine, Löhne, Arbeitszeit, Arbeitsinstrumente, Veränderungen der betreffenden Produktionsweise und ähnliches zu sammeln. Man hofft, daß diese Erhebungen mit zur nationalen Föderation (Vereinigung) aller französischen Gewerkschaften und zu regelmäßigen brüderlichen Beziehungen mit den ausländischen Arbeiterorganisationen beitragen werden.

Ziehen wir im Allgemeinen das Fazit der französischen Gewerkschaftsbewegung, so ergibt sich, daß dieselbe im großen Ganzen einen sozialistischen Charakter trägt, welcher sich immer deutlicher und klarer ausprägt. Von Anfang der Bewegung bis heute zeigt sich, daß die reine einseitige Gewerkschafterei in dem französischen Proletariat keinen Boden hat und nie Boden haben wird, dafür bürgt die verhältnismäßig größere politische Entwicklung des französischen Arbeiters, seine Neigung zum Theoretisiren und Generalisiren. Charakteristisch ist ferner die hohe Entwicklung der Gewerkschaften nach der theoretischen Seite hin, eine Entwicklung, welche sich schon in den Keimen der Bewegung andeutete, und die zu dem obigen Ergebnisse führen mußte. Bezeichnend ist im Gegensatz hierzu die ungenügende Entwicklung der praktischen Fragen, die schwache und mangelhafte Organisation, die so viel, ja fast alles zu wünschen übrig läßt. Sämmtliche Kongresse sind für die angeführten Eigenthümlichkeiten äußerlich charakteristisch, sie behandeln wieder und wieder ausschließlich und weiläufig die theoretischen Fragen, arbeiten theoretische Programme bis auf das Tüpfelchen auf dem 3 aus, erörtern dagegen nie Fragen der Organisation, Mitglieds- und Kassenverhältnisse u. finden keine Erwähnung.

Die französische Gewerkschaftsbewegung zeigt sich in ihren Eigenthümlichkeiten im vollsten Gegensatz zu dem Entwicklungsgang der englischen Trades-Unions (Gewerkschaften). Während sich Letztere durch Unterschätzung der theoretischen und Ueberbähung der praktischen Fragen auszeichnen, werden Erstere gerade durch das entgegengesetzte Juviel charakterisirt, durch Ueberbähung der theoretischen, durch Unterschätzung der praktischen Seite der Arbeiterorganisation. Die englische Gewerkschaftsbewegung ging von engbegrenzten, rein sachgenossenschaftlichen Zielen aus, schuf eine müßergiltige Organisation und wird nach und nach durch die zwingende Gewalt der Thatsachen auf Entwicklung der Theorie, Erweiterung des gesteckten Ziels hingewiesen. Die französische Gewerkschaftsbewegung ging von einem allgemeinen, weiten Ziel aus, trat mit relativ entwickelten Theorien auf und wird durch den Zwang der Umstände zu einer Organisation und Ausarbeitung der praktischen Seite geführt.

Beide Entwicklungswege schließen am Ende mit den gleichen Resultaten ab, mit einer starken Organisation und einem sozialistischen Programm.

Politische Nachrichten.

Der Termin für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus ist noch nicht festgelegt; es wird jedoch angenommen, daß die Regierung sich darüber im Laufe dieses Monats schlüssig machen werde. Vermuthet wird, daß die Wahlen in der letzten Oktober- oder der ersten Novemberwoche stattfinden. Die Berufung des Landtages ist vor Mitte Januar, dem letzten verfassungsmäßigen Termin, nicht zu erwarten.

Die konservative Partei hat für die preussischen Landtagswahlen einen Aufruf veröffentlicht, der an Gemeinplätzen überaus reich ist, und aus dem nur hervorzuhellen wäre die Betonung

des konfessionellen Charakters der Volksschule, und der Nothwendigkeit einer reichlicheren Dotation und einer freieren Bewegung der evangelischen Kirche.

Die Christlichkeit dürfte danach fleißig für die konservativen Kandidaten eintreten, und auch den Bauern und den Kleingewerbetreibenden streicht man Honig um den Mund, indem man eine Reform der Gewerbesteuer und eine Beseitigung der Grundsteuerzuschläge fordert. Für das „Volk“ fällt dabei natürlich nichts ab, als höchstens ein neues Defizit im Staats- und Gemeindefinanzhaushalt und damit eine vermehrte Inanspruchnahme der indirekten Steuern.

Am 9. September waren zehn Jahre verflossen, seit der Reichstag zusammentrat, der — aus den Wahlen vom 30. Juli 1878 hervorgegangen — am 19. Oktober mit 221 gegen 149 Stimmen das Sozialistengesetz vom 21. Oktober 1878 annahm. — Dem 1877 gewählten Reichstag hatten bereits die verbandelten Regierungen eine ähnliche Vorlage gemacht, aber es hatte nur zweier Sitzungen bedurft, um den § 1 der Vorlage, welcher prinzipiell entscheidend war, mit 251 gegen 57 Stimmen abzulehnen. Man hatte damals nicht einmal eine Kommissionsberatung für nöthig befunden, verhandelte am 23. Mai 1878 über die Vorlage in erster Beratung, legte am 24. Mai die erste Beratung fort, und ging noch in derselben Sitzung zur zweiten Beratung über, welche mit der Ablehnung des entscheidenden Paragraphen endete. In nur neunundzigher Verhandlung hatte der Reichstag die Vorlage beseitigt. Erst die Neuwahlen nach dem Nobiling'schen Attentat brachten die Majorität zu Stande, welche die Arbeiterklasse einem der härtesten Ausnahmegefetze aller Zeiten unterwarf.

Wie der 9. September ein Trauertag für die deutschen Arbeiter, so ist der 7. September ein Freudentag für die vereint ebenfalls geknechteten österreichischen Bauern. Am 7. September 1848 erfolgte ihre Befreiung von gutsherrlicher Unterthänigkeit. Die bäuerlichen Verhältnisse in Oesterreich vor 1848 spotteten jeder Beschreibung und waren ein unüberwindliches Hinderniß für jeden Fortschritt der Landwirtschaft. In dem früher österreichischen Oberösterreich hatten zum Beispiel die gutsherrlichen Unterthanen Fischerdienste zu leisten, im November, wenn das Wasser schon mit einer dünnen Eiskruste bedeckt war, in dasselbe zu steigen und Karpfen für die Herrschaft zu fangen. Wenn sie dabei völlig erstarren, wurden sie nach der Schilderung eines Augenzeugen ans Feuer geführt; man goß ihnen gewärmtes Bier, mit Pfeffer vermengt, ein; oft mußte ihnen aber „erst das Maul aufgethan werden“. Dem Bauer und seinem Juppich wurden von den Grundherren soviel Dienste zugemuthet, daß die äußerste Entkräftung der Unterthanen und ihrer wenigen Thiere eintrat. Wollte ein Bauer sein eigenes Feld bestellen, so mußte er es an mondellen Nächten thun — oder aber: „er deakt zum wenigsten, nach seiner Art des Lebens froh zu werden und ersäuft in Branntwein Gesundheit und Verstand“. Solche Zustände hatten schon den friedlichen Jodlenderer Boff zu den Worten gereizt:

Was? noch Treue verlangt der unbarberzige Frohnherz?
Der mit Diensten des Rechts — sei Gott es gellagt! — und
der Blüthe
Uns wie Pferde quälet und kaum wie Pferd-
bedönigt.

Es mußte aber eben dahin kommen, daß auch der Gutsherr keinen Nutzen mehr für seinen Betrieb aus solchen Zuständen erlah. Und dieser Moment fiel zusammen mit dem Eindringen neuer Betriebsweisen und Wirtschaftsanschauungen, die mit dem politischen Liberalismus aus dem Westen Europas kamen und im Jahre 1848 zum entscheidenden Durchbruch gelangten. Da half nun kein Sperren und Zögern mehr. Höchstens suchten die Feudalen noch nach Möglichkeit im Träben zu fischen, indem sie sich wie in Preußen den besten Theil des Bauernlandes als „Entschädigung“ aneigneten. In Oesterreich war es im allgemeinen wohl besser und der 7. September 1848 wurde daher ein Freudentag für alle österreichischen Bauern; die Entschädigungsfrage kam von Reichswegen durchaus vortheilhafter für den ehemaligen Gutsherrn zur Erledigung. Alle aus schutz-, gerichtlichen und dorfherrlichen Verhältnissen abgeleiteten, vom Grundbesitze unabhängigen Rechte und Leistungen fielen ohne Weiteres weg. Aber auch die wirklichen Realkasten hatte der Bauer meist nur zu einem Drittel ihres Geldwertes abgelöst. Im Uebrigen trat der Staat bezw. das Kronland für ihn ein. Eine neue Phase der landwirtschaftlichen Entwicklung, die selbst von der folgenden Reaktion nicht mehr getilgt werden konnte, war durchlaufen. Es war auch in Oesterreich möglich geworden, der Landwirtschaft die Vortheile der modernen Arbeitstheilung und Technik, der Geld- und Kredit-Wirtschaft einer fortgeschrittenen Zeit zuzuwenden. Freilich ist gerade in Oesterreich später der Bauernstand einer unerträglichen kapitalistischen Verschuldung verfallen und darum wird er sich zu neuen, vielleicht noch schwereren Kämpfen rüsten müssen — gegen das Kapital. Aber trotzdem bedeuten die Ereignisse von 1848 für ihn einen ungeheuren Fortschritt, dessen er stets dankbar gedenken wird.

Als die Hauptträger der „christlichen“ Sozialfürsorge für die Besitzlosen spielen sich bekanntlich gern unsere Grundbesitzer auf — allerdings nur dann, wenn es nicht aus ihrer Tasche geht. Die „Böf. Ztg.“ macht mit Recht darauf aufmerksam, daß draußen auf dem Lande mit dem Arbeiter vielfach noch viel schlimmer und herzloser umgesprungen wird wie in der großstädtischen Industrie. In den Berichten über die ländliche Armenpflege, welche der deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit gesammelt hat, wird z. B. von einem „demokratisirenden und grausamen Verfahren“ berichtet, welches in Pommern, Schleswig-Holstein, Lauenburg, Mecklenburg — also in vorwiegend Landwirtschaft treibenden Bezirken grassirt: daß nämlich sämtliche Häuserbesitzer eines Ortsarmenverbandes Jemandem die Wohnung verweigern, um ihn zum Abzug zu zwingen und ihn dadurch am Erwerbe des Unterstüßungswohnzuges — der nach zwei Jahren eintritt — zu hindern. So halten sich die Grundbesitzer die Unterstützung der Verarmten vom Halbe,

die sie doch erst genug ausgenutzt haben. Und ein ostpreussischer Landrath schrieb in einer Broschüre vor etwa 6 Jahren: „Wenn ein Mitglied einer Gemeinde eine größere Anzahl Arbeiterwohnungen baut und dieselben an die Arbeiter aller umliegenden Ortschaften auf mehrere Jahre vermietet, so kann dies den Erfolg haben, daß die Gemeinde die Armenlast für sämtliche umliegenden Ortschaften, in denen Arbeiterwohnungen nicht vorhanden sind, tragen muß. Mit Rücksicht hierauf ist in neuerer Zeit das Bestreben hervorgetreten, durch Ortsstatut die Einführung hoher Miethssteuern (!) herbeizuführen, um dem Anwachsen von Arbeiterwohnungen entgegen zu treten.“ Also Landgemeinden, welche absichtlich den Arbeitern das Obdach abschneiden, um nur im Falle der Verarmung nichts zahlen zu müssen. Wie christlich! Und aus der Provinz Posen wurde berichtet, daß Gutsbesitzer Häuser außerhalb ihres Gutsbezirkes in benachbarten kleinen Gemeinden mieten, um die in ihrem Gutsbezirk beschäftigten Arbeiter dort zwei Jahre wohnen, d. h. den Unterstufungswohnort erwerben zu lassen und sich dadurch von der sonst ihnen obliegenden Armenlast zu befreien. Wie menschenfreundlich!

Auch die französischen Bourgeois wirtschaften mit indirekten Steuern, wie es nur je in anderen Staaten geschehen ist. So ergab die städtische Verbrauchssteuer (octroi) allein im vorigen Jahr 282 719 380 Franks gegen 235 948 405 im Jahre 1875. Die Steigerung ist also stärker als die Mehrung der Bevölkerung. Auf Paris entfallen 136 691 755 Franks gegen 118 243 254, auf die übrigen Städte 146 020 625 gegen 117 705 151. Die Steigerung war also stärker bei den Provinzhäuptern als in Paris. Auf jeden Städter kommen 23 Franks

Verbrauchssteuern, auf jeden Pariser dagegen 58,30 Franks. Von den 122 Mill., welche die Getränke einbringen, kommen 69 Mill. auf Wein, 21 Mill. auf Alkohol und 15 Mill. auf Bier.

Seit 40 Jahren strebt man in Belgien darnach, aus sittlichen und wirtschaftlichen Gründen die Verwendung von Frauen und Mädchen zu den unterirdischen Grubenarbeiten gänzlich zu beseitigen. Das ist bis heute noch nicht zu erreichen gewesen. Die belgischen Großindustriellen widersetzen sich dieser Maßnahme, weil sie die Weiber und Mädchen schlecht bezahlen und ihr Ertrag durch Männer den Kostenpreis der Grubenprodukte erhöhen würde. Die einzige bisher erreichte Errungenschaft besteht darin, daß seit 1884 verboten ist, Mädchen unter 14 Jahren in den Gruben zu verwenden. Im Hennegau wird die Frauen- und Mädchenarbeit in erschrecklicher Weise ausgenutzt; man legt ihnen eine tägliche Arbeitszeit bis zu 15 Stunden gegen geringen Tagelohn auf. Es ist bedauerlich, daß keine belgische Regierung den Muth hat, den Sonderinteressen der Großindustriellen entgegenzutreten und diesen Zuständen, über welche die Arbeiter mit Recht bitter klagen, ein Ende zu machen. Hoffentlich sind die Arbeiter als politische Partei bald stark genug, um die Erfüllung ihrer dringendsten Forderungen zu erzwingen.

Die Reichstags-Wahl im Wahlkreise Auerbach-Schwabach ist auf den 22. Oktober festgesetzt. Sozialdemokratischer Kandidat Dr. Schönlan-Aürnberg.

Der Reichstagsabgeordnete Kräcker ist wegen Mierensleidens auf vier Wochen aus der Haft beurlaubt.

In der Umgegend Berlins haben zwei imposante Versammlungen über die Altersversicherung stattgefunden. Am Montag sprach im Gesellschaftshause zu Potsdam Herr Jubel-Berlin, am Sonntag Vormittag in Charlottenburg Herr Kaufmann

Auerbach-Berlin. In einer hier vorgelegten Resolution hieß es zum Schluß: „Die Versammlung erkläre, daß die sozialen Schäden, die im heutigen Produktionsweien wurzeln und die traurige Lage des Arbeiterstandes bedingen, nur beseitigt werden können durch Einführung derjenigen Arbeiterschutzgesetzgebung, welche seiner Zeit durch die sozialdemokratische Fraktion dem Reichstage unterbreitet wurde.“ Kaum waren die letzten Worte gesprochen, da löste der überwachende Polizeikommissar auf Grund des § 9 die Versammlung auf. Unter Hochrufen auf die deutsche Sozialdemokratie verließen die Arbeiter, nachdem die erste Ueberrückung vorüber war, ruhig den Saal. Beschwerde ist erhoben.

Ueber die Alters- und Invalidenversicherung sprachen in Berlin: am Sonnabend Herr Kaufmann Albert Auerbach vor den Rätenmachern, am Montag Herr Liesländer vor den Wäschereibesitzern, Herr Hildebrandt vor den Drechslern, am Dienstag Herr Auerbach vor den Tischlern (Königsplatz).

Im Stuttgarter Geheimbundsprozeß (5. Sept.) lautete das Urtheil gegen Alkreuther auf 6 Monate, gegen Fischer auf 4 Monate Gefängniß, wovon je 2 Monate für Untersuchungshaft abgehen. Götz wurde unzulänglichen Beweises halber freigesprochen. Die Anwendbarkeit der Geheimbundsparagraphen wurde im Sinne der Reichsgerichtsentscheidung bejahet.

Im Prozeß Singer und Dopy lautete am Montag das Urtheil der Berufungskammer:

Der Angeklagte Dopy habe den Abgeordneten Singer zweifellos schwer beleidigt; es frage sich nur, ob Umstände vorhanden seien, welche die Beleidigung in milderem Lichte erscheinen lassen. Der Gerichtshof sei der Meinung, daß Herr Singer den Angeklagten Dopy durch seine Rede ansehnlich gereizt und beleidigt habe. Auf die vorangegangene Beleidigung habe Dopy erwidert; derselbe sei daher zwar der Beleidigung schuldig, aber nach Lage der Sache strafrei.

Bei Bachler (dem Redakteur der antisemitischen „Staatsbürgerzeitg.“) hingegen mußte anerkannt werden, daß dessen Behauptungen durch nichts bewiesen wurden. Der Artikel in der „Staatsbürgerzeitung“ enthalte schwere Beleidigungen des Herrn Singer und

es sei deshalb dahin erkannt worden, daß der Angeklagte Dopy freizusprechen, bei dem Angeklagten Bachler aber die Berufung zu verwerfen und demselben auch die Kosten des Prozesses für seinen Theil zur Last zu legen.

E. Kuntze,
Skalitzerstr. 18. (Zum lustigen Stiefel)
empfiehlt seinen reichhaltigen und kräftigen
Frühstück- u. Mittagstisch mit Bier 50 Pf.
Abendstisch nach Auswahl zu festen Preisen.

Cigarren u. Tabake
reichhaltiges Lager
von

C. Klein.
15. Ritterstraße 15.
Telephon-Nachrichtstelle der Gärtnern u. Bronceur (G. S. 60.)

Königsberg i. Pr.
Abonnements für die „Berliner Volks-
Tribüne“ übernimmt
Frau Godau, Polnische Gasse 10.

Achtung!
Wir suchen für die in unserem Verlage er-
scheinenden Zeitschriften
Nachzeitung für Schneider.
Zeitschrift der Zimmererkunst.
= Mitarbeiter =
für den fachwissenschaftlichen u. gewerkschaftlichen
Theil.
Honorar nach Uebereinkunft.
E. Jensen & Co., Banistr. 36, Hamburg.

Allen Freunden u. Bekannten empfehle mein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal
G. Trumpf,
Cribahn Nr. 4.

Roh-Tabak!

Sumatras	A 3/4	140, 170, 250,
		280, 300, 320, 330,
		350, 360, 370, 380, 390, 400, 460, 500,
		520 Pf.
Savanna Decke		500 Pf.
Einlage		220, 300 Pf.
Seedleaf		95 und 110 Pf.
Seedleaf-Decke		150 Pf.
St. Felix		95, 100, 105, 115, 120,
		125, 140, 150 Pf.
Java-Decke		140 Pf. Umblatt
		105, 110, 125 Pf.
Einlage		90, 95 Pf.
Carmen-Umblatt		90, 110, 115,
		120 Pf.
Brasil-Anpflanzung		80 und 85 Pf.
Domingo		100, 110, 120 Pf.
Elsser Rebut		65 und 75 Pf.
Märker		65, 70, 75 Pf.
Pfälzer		60, 65, 80 Pf.

Gesunde und gutbrennende
Tabake in feinen Qualitäten empfiehlt
bestens
H. Herholz,
Brunnenstrasse 145.

Große öffentliche Tischler-Versammlung
Montag, den 17. September, Abends 8 Uhr,
im Lokale **Sanssouci, Rottbuserstraße 4a.**
Tages-Ordnung:
Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter und
unserer Stellung zu derselben.
Referent: Herr Curt Baake.
Der Einberufer.

Gold- und Silberwaaren
zu Fabrikpreisen.
Grosse Auswahl goldener Ketten, Armbänder, Kreuze, Medaillons,
Broches und Ohrringe, sowie in Goldnähle und Silber. Spezialität: Fabrik
massiver Ringe, Lager in goldenen Damen-Uhren, Korallen,
Granaten und Silbersachen. Korallenschnüre in den schönsten
Farben und grosser Auswahl bei billigster Preisberechnung.
Trauringe à Ducaten 11 Mk.
Eigene Werkstatt für Neuarbeiten und Reparaturen.
Aug. Schulze, Goldarbeiter
BERLIN,
35. Kommandantenstr. 35, 1 Treppe.
Bitte genau auf Firma und Hausnummer zu achten.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin
von
Julius Apelt, Sebastianstraße 27-28.
Reelle Waare. Prompte Bedienung.

Die von Mitgliedern des Fachvereins gegründete
Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft
der Schneider zu Berlin (E. G.)
30 Zimmerstrasse 30
empfiehlt sich einem geehrten Publikum zur Anfertigung von Herren-Garderoben
jeder Art. Reichliche Auswahl in- und ausländischer Stoffe.
Reelle Bedienung, guten Sig. solide Preise garantiert der Vorstand.
Gleichzeitig machen wir auf unser reichhaltiges Lager: Frühjahr- und Sommerpaletots,
aufmerksam. Um zu räumen herabgelegte Preise!

Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal.
Frühstück, Mittag und Abendstisch,
von A. Grewling und
119. Mantuffelstraße 119.
Ein Vereinszimmer ist zu vergeben. „Volks-
Tribüne“ liegt aus.

Velten i. d. Mark.
Abonnements auf die
Berliner Volks-Tribüne
für Velten und Umgegend nimmt gern
entgegen
H. Günther, Wilhelmstraße 6.
Berein der Sattler
Gemüthliches Zusammensein,
mit Tanz verbunden.
Am Sonntag, 16. September, Abends 6 Uhr,
Gratwoel's oberer Saal, Kommandantenstr. 77/79.
Möblirte Schlafstelle an 2 anständige Herren
à 8 M. zu verm. Böchstr. 13 bei Reddin, Maler.

Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiss- und Bairisch-Bier-Lokal,
Frühstück, Mittagstisch nach Auswahl 45 Pf.
Abendstisch nach Auswahl 30 Pf.
Vereins-Zimmer zu vergeben.
Herm. Liewald, Mariannenstr. 46.

Große öffentliche
Volksversammlung
für
Rixdorf und Umgegend
Sonntag, den 16. September,
Vormittags 10 1/2 Uhr,
im großen Saale (Bal champêtre) der
Neuen Welt, Hasenhalde.
Tages-Ordnung:
Die Alters- und Invaliden-
versicherung der Arbeiter.
Referent: Herr Max Schippel.
Der Einberufer.

In beziehen Zimmerstraße 44:
Internationale Bibliothek
Von der Internationalen Bibliothek
liegt nunmehr die I. Serie komplet vor.
Sie besteht aus folgenden 7 Bänden:
Die Darwin'sche Theorie. Von Dr.
Edw. Aveling. Broschirt M. 1.50.
Gebunden M. 2.—.
Karl Marx' Oekonomische Lehren.
Gemeinverständlich dargestellt und er-
läutert von Karl Kautsky. Broschirt
M. 1.50. Geb. M. 2.—.
Weltschöpfung und Weltuntergang.
Die Entwicklung von Himmel und Erde
vom Standpunkte der Naturwissenschaften
dargestellt von Oswald Köhler. —
Broschirt M. 2.—. Geb. M. 2.50.
Die ländliche Arbeiterfrage. Nach dem
Ruffischen des Rabinkow. Broschirt
M. 1.—. Geb. M. 1.50.
Thomas More und seine Utopie. Mit
einer historischen Einleitung von Karl
Kautsky. Broschirt M. 2.—. Geb.
M. 2.50.
Charles Fourier, sein Leben und seine
Theorien. Von August
Bebel. Broschirt M. 2.—. Geb.
M. 2.50.
Das moderne Elend u. die moderne
Uebervölkering. Zur Kenntniss unserer
sozialen Entwicklung. Von Max
Schippel. Broschirt M. 1.50. Geb.
M. 2.—.
Die II. Serie ist mit einem reichillustrierten
Werke von W. Bloss, Die französische
Revolution, volkstümliche Darstellung
der Ereignisse und Zustände in Frankreich
von 1789 bis 1804 eröffnet worden.
Die Lieferungshefte (32 Seiten gr. Oktav
in Umschlag à 20 Pf.) sind Zimmerstr. 44
zu haben.
Hochachtungsvoll
J. G. W. Dieck' Verlag
in Stuttgart.

Der Arbeitsnachweis
für
Schlosser und Berufsgenossen
befindet sich im Lokale des Herrn Todtke,
Ritterstraße 123.
Kontrolle Abends 8—10 Uhr, Sonntags von
9—11 Uhr Vormittags.

Der Arbeitsnachweis
der
Klavierarbeiter
befindet sich nach wie vor Waldemarstr. 61 im
Restaurant Pflücker. Die Adressenausgabe findet
jeden Abend von 8—9 1/2 Uhr und Sonntags
Vormittags von 10—11 1/2 Uhr, sowohl an Mit-
glieder wie auch an Nichtmitglieder unentgeltlich
statt.
Die Arbeitsvermittlungskommission.

Arbeitsnachweis für Tischler.
Der vom Fachverein der Tischler begründete
Arbeitsnachweis befindet sich Alte Jakobstr. 38
im Restaurant Schumann. Die Arbeitsvermit-
lung geschieht für Meister und Gesellen (auch
Nichtmitglieder des Vereins) unentgeltlich.
Die Adressenausgabe erfolgt an Wochentagen
von 8 1/2 bis 10 Uhr Abends, Sonntags
von 9 bis 11 Uhr Vormittags. Da sich
die vier Kassirer der „Ordnungskasse der Tischler
und Pianofortarbeiter Berlins“ verpflichtet haben,
sich ihrerseits jeder Adressenausgabe zu enthalten,
eruchen wir, nur den obengenannten Ar-
beitsnachweis zu benutzen. Der Vorstand.

Promenade.

Von Karl Hendell.

In dieses grünen Parks Revieren
fliehet milder Hauch von Baum zu Baum,
Die jungen Mädchen gehn spazieren,
Das Leben ist ein Liebestraum.
An Friedrich Friedrich juht ergötzt sich
Die breite Sonne neben mir,
Ein Greis mit braunem Schurzfell setzt sich:
Covioa Wurst und Lagerbier!

Mit sorgenhaft vergrübeltem Blicke
Spazierhockt ein Rentier dabei:
Auf nichts Verlaß — die Welt voll Tüde,
Die Kurse sinken mehr und mehr.
Ein Tugend-Kinder schlingt den Reigen,
Der Springbrunn silberne Funken speit,
Die Strahlen sprudeln, springen, steigen —
O wunderschöne Jugendzeit!

Zur Linken schießt in hellen Wellen
Der tiefseidichte Fluß vorbei —
„Könnt ich wie ihr so sanft zerfchellen!“
Die Arme starrt und seht sich frei.
Sie flieht den Strom mit leisem Stöhnen
Und gafft den Becken in's Gesicht;
Die Eisenhämmer dröhnen dröhnen,
Der Qualm verschlingt das Sonnenlicht.

[Nachdruck verboten.]

Gefärbtes Haar.

Berliner Sittenbild.

Von Max Kremer.

(Schluß.)

Es war im Frühjahr, als endlich der zweite Termin abgehalten werden sollte. Auch Viktorine hatte eine Vorladung als Zeugin empfangen. Als Hanna mit ihrer Wirtin durch den langen Korridor des Kriminalgerichtsgebäudes in Moabit schritt, glaubte sie plötzlich die Kraft zum Weitergehen zu verlieren. Auf einer der Bänke in der Nähe des Signosiallokals sah sie ihre alte Bekannte. Der würdige Paskch hatte eine Sturmmütze auf dem Kopfe, die Hände auf den verben Rohrstock gestützt, und blickte ernst vor sich hin. Das ruzliche Gesicht der weißhaarigen Paskchen aber wurde kaum sichtbar unter der Krempe eines großen ländlichen Strohhutes. Die gefalteten knöchernen Hände hielten ein blüthenweißes Taschentuch, das von Zeit zu Zeit den gerötheten Augen zugeführt wurde.

Mit Mühe mußte Hanna sich aufrecht erhalten. Die beiden Alten warfen einen gleichgültigen Blick auf sie und starrten dann nach wie vor auf den Fußboden. Gewiß vermutheten sie in dieser eleganten „Dame“ nicht ihre Tochter. Als Hanna diese Gewißheit hatte, wagte sie sich einige Schritte weiter, um sich auf die nächste Bank niederzulassen. Sie hätte das Stehen nicht mehr zu ertragen vermögen.

Endlich wurde ihr Name gerufen. Mit wankenden Knien betrat sie die Anklagebank. Nicht hinter ihr schritten ihre Eltern, denen der Nuntius einen Wink gegeben hatte. Der Zuschauerraum war stark besetzt. Richter und Schöffen waren ältere Herren, der Anwalt ein noch junger Mann.

Der Richter wandte sich sofort an Hanna's Vater: „Sie sind der Magistratsdiener Paskch aus Soundso in der Udermark?“

„Der bin ich, Herr Richter.“
„Und Sie sind die verheiratete Frau Kathsdieners Karoline Paskch aus derselben Stadt?“

„Ja, Herr Richter, ich bin die Paskchen!“
„Sie sollen Beide hier Auskunft darüber geben, ob die Angeklagte dort Ihre Tochter ist. Sehen Sie sich dieselbe ganz genau an. Sie behauptet, es nicht zu sein.“

„Aec, Herr Richter, das ist sie nicht!“ erwiderte der Alte sofort.

„Unsere Hanna ist brünett,“ fiel die Alte zu gleicher Zeit ein.

„Nun, das müssen Sie allerdings am besten wissen. Sehen Sie sich nur jetzt dorthin auf die Zeugenbank, ich werde Sie nachher noch einmal fragen.“

„Sie sind die unverehelichte Alma Lorenz?“ wandte er sich dann an Hanna und sagte einige formelle Dinge hinzu. Hanna nickte. Der Richter forderte sie auf, zu sprechen und nicht zu nicken, worauf sie ein vernehmliches „Ja“ sagte.

„Sie sind bereits achtmal bestraft, und zwar wegen großen Unfugs, Beamtenbeleidigung, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Sittenkontravention. Ist das richtig?“

„Ja,“ klang es wieder zurück.

„Aec, Herr Präsident, das ist mein Kind nicht,“ sagte der alte Kathsdieners aufs Neue, und zwar so energisch, daß der ganze Gerichtshof aufblickte. „Unsere Tochter ist

als ein braves, anständiges Mädchen gestorben. So Eine wie die da, — nec, das war sie nicht. . . . Nec, nec!“

„Aec, so Eine war sie nicht,“ fiel die Alte ein, während der Gipfel ihres Taschentuches gegen die Augen fuhr.

„Angeklagte, was ist Ihnen denn?“ fragte der Richter plötzlich. „Ist Ihnen unwohl? . . . Bringen Sie ein Glas Wasser!“ befahl er dem Nuntius.

Hanna war leichenblau geworden. Wie gebrochen stützte sie sich auf die Barriere. Sie wagte nicht den Blick zu erheben. Drei Worte hätten genügt, um zu sagen, wer sie war; aber auch, um diesen Beiden dort, die sie so oft geberzt und geliebt hatten und die nicht zu glauben vermochten, daß ihre Tochter ein schlechtes Mädchen geworden, das Herz zu brechen. Sie wollte aufschreien, aber ihre Kehle war trocken vor Schmerz. Sie bezwang sich mit übermenschlicher Kraft, um die „Dirne“ weiter zu spielen. Besser ganz im Laster untergehen, als Vater und Mutter vor ihren Augen zusammenstürzen zu sehen.

Sie rührte das Wasser nicht an, machte aber eine halbe Wendung, um ihren Eltern nicht ins Gesicht schauen zu müssen.

„Es ist Aehulichkeit vorhanden,“ sagte der Alte wieder und jedes seiner Worte traf Hanna wie die Spitze eines Messers.

„Aber sie ist es nicht. Nicht d'ran zu denken. Nicht wahr, Alte?“

„Aber, Vater, die Stimme,“ gab sie leise zurück. „Es kann doch sein —“

„Schwage nicht so'n Unsinn,“ bekam sie ebenso leise zur Antwort.

Der Richter, ein kleines vertrocknetes Männlein, jah fortwährend nach der Uhr an der Wand, die bereits auf Drei zeigte. Es war dies die letzte Verhandlung, der man die Ausdehnung so viel als möglich abschneiden mußte. Ueberdies hatte er großen Hunger, und Appetit auf sein Leibgericht Erbsen mit Potelkisch, mit dem seine Frau ihn erwartete. Der eine Schöffe zeigte ein kugelrundes Mondgesicht, in dem die breite Nase wie ein Rubin glänzte und strahlte. Es war ein Weinhändler, der nicht ausgeklafat zu haben schien, denn hinter der vorgehaltenen Hand machte sich von Zeit zu Zeit ein leises Gähnen bemerkbar.

Der zweite Schöffe war Besitzer eines Fuhrgeschäfts. Er besah das Gesicht eines Sargwärters, der die Hände zucken, was ihm aber, was die Weisheit betraf, schlecht gelang. Seine Hauptbeschäftigung war, die großen dicken Daumen um einander zu drehen, als wollte er dadurch die Minuten zählen, die er noch zu warten hatte, bis die Stammschiffen schlug.

Der Richter klüfferte Beiden etwas zu, wonach sie sehr überlegen nickten; dann stellte er es dem Ehepaar anheim, zu bleiben oder zu gehen. Das Letztere wurde vorgezogen. Noch an der Thür wandten sich die Alten um, warfen einen Blick voller Verachtung auf die Angeklagte und sagten fast zu gleicher Zeit: „Aec, das ist sie nicht. Nec, nec!“

Die Verhandlung dauerte nicht lange. Der Anwalt war jung und schlüchtern, der Richter hatte Hunger, die Schöffen waren müde und durstig; die Angeklagte aber war eines jener gesunkenen Geichöpfe von der Strafe, deren moralische Qualifikation man bereits zur Genüge kannte. Man brauchte sich also keine Gewissensbisse zu machen. Nur hin und wieder sandte einer der Schöffen verstoßen einen begehrliehen Blick zu der vollen Gestalt der schönen Sünderin hinüber, der man jedenfalls an einem andern Ort viel lieber begegnet wäre.

Die Zugen wurden hereingeführt. Mit erschütterlicher Genugthuung vernahmen Richter und Schöffen die moralischen Entrüstungsworte des „dicken Herrn“, der in seinem Neuhern einen so vorrefflichen, friedliebenden und wohlgenährten Eindruck machte.

Der Nachtwächter mußte jetzt zugeben, sich geirrt zu haben. Viktorine wurde erst gar nicht vertheidigt, was ihr übrigens außerordentlich angenehm war.

Der Richter jah wieder nach der Uhr, hörte den Anwalt mit großer Unruhe an, raunte den Schöffen ein paar Worte zu, zog sich dann mit ihnen zurück, um nachzusehen, ob das Beratungszimmer noch vorhanden sei, und kam dann mit den treuen Gefährten wieder nach vorn, um das Urtheil zu fällen. Man bedurfte nicht vieler Worte, denn die Uhr war bereits halb Vier.

Alma Lorenz rechte Hanna Paskch konnte ihre neunten vierwöchentlichen Strafe antreten, um „fern von Madrid“ über ihr Schicksal nachzudenken.

Als Viktorine nach Hause kam und mit ihrem Schlüssel die Korridorthür öffnete, jah sie ihre Aelteste mit hochgerötheten Wangen und zerzaustem Haare aus dem „einstufigen“ herauskommen. Vor acht Tagen hatte man Claras sechszehnten Geburtstag gefeiert. Eine schredliche Ahnung dämmerte bei der „Frau Doktor“ auf, die erste aufrichtige, die sie seit langer Zeit empfand. Sie packte ihre Tochter am Arm und zerrte sie in das hintere Zimmer.

„Ist unser „Herr“ hier?“
Keine Antwort.

„Mensch, rede die Wahrheit, oder ich schlage Dich todt! Was ist mit Dir passiert?“

Die Aelteste fiel nieder, brach in Thränen aus und umklammerte die Knie ihrer Mutter.

Viktorine wußte alles.

„Mensch, muß ich das Unglück mit Dir erleben?“
Unbarmherzig fiel ihre Faust auf den Kopf des Kindes nieder, dann erhob sie sich wie eine Hyäne und schritt nach dem Korridor.

„Wo ist dieser Schuft!?“ rief sie, fast brüllend. In dieser Verfassung hätte sie den Ehrenschänder ihrer Tochter erschossen.

Aber sie fand das Nest leer. Schon zu lange hatte Baum seine Mittagszeit ausgedehnt. Leise hatte er die Wohnung verlassen. Am andern Tage schickte er Geld und ließ seine Sachen holen. Wer konnte auch wissen, daß so eine Krabbe plaudern würde. —

Die Zeit und die Schmerzen sind vergangen. Alma Lorenz ist in Hanna Paskch auferstanden und bewohnt nach wie vor das „zweifenstrige separé“. Die „Frau Doktor“ hat ihren Triller wieder gefunden. An Butter, Zucker und Syrup mangelt es niemals. Und was Clara betrifft, so zeigt sie die besten Anlagen, nach den Vorbildern in der Familie, der Prostitution zu verfallen — diesem Niesenwurm, der an der Fäulnis der Gesellschaft arbeitet.

Wohin kommt man heute mit der Ehrlichkeit?

Ein russisches Blatt, der „Grajhdanin“ des Fürsten Meshischersky, veröffentlicht einen an die Redaktion gerichteten Brief, der in seiner ungeschminkten Sprache eine ebenso wahre wie furchtbare Anklage gegen die öffentlichen Zustände Rußlands — aber ebenso gut auch anderer Länder — enthält. Wir lassen einen Theil dieses Briefes folgen:

Ich wende mich an Sie, weil ich gehört und gelesen habe, daß Sie sich nicht nur staatliche oder gesellschaftliche Interessen, sondern auch die Sorgen der einzelnen Menschen angelegen sein lassen. Meine Lage ist verzweifelt — im wirklichen Sinne des Wortes, moralisch und seelisch verzweifelt. . . .

Ich bin zur Ueberzeugung gelangt, daß es nicht lohnt, ein ehrlicher Mensch zu sein, und daß heut zu Tage die Begriffe Ehrlichkeit und Dummheit sich nicht nur Anfangstermin den Tag rechnen, an dem ich die Universität verließ. Dabei verstehe ich unter „Ehrlichkeit“ nicht die Unmöglichkeit, zu stehlen, sondern die Unmöglichkeit, in großen und kleinen Dingen zu meinem Vortheil und anderen zum Schaden mein Gewissen zu zwingen.

Und nun nach 11 Jahren des Lebens und des Dienstes bin ich zur Ueberzeugung gelangt, daß ich nur deshalb nicht vorwärts gekommen bin trotz meiner idealen Lebensziele, weil ich so unverzeihlich dumm war, ehrlich zu sein. . . .

Wenn ich unbegabt oder stumpfsinnig wäre, würde ich nicht klagen, aber ich rechne mit dem Schicksal, weil meine Gaben durchaus nicht geringer sind, als die dreier Kameraden, welche heute angesehene Stellungen einnehmen und gute Einnahmen beziehen, obgleich über jeden von ihnen eine Reihe schmutziger Geschichten im Geheimformular eingetragen ist. . . .

Das alles hätte nichts zu bedeuten, wenn ich nicht im Laufe dieser 11 Jahre von allen Leuten — es waren aber viele — zu hören bekommen hätte, daß es nicht darauf ankomme, ob jemand ehrlich, sondern ob er raschen Entschlusses und geschickt sei — und daß nicht darin das Unglück zu suchen sei, daß jemand stiehlt oder Staatsinteressen verkauft, sondern darin, daß er eines oder das andere ungeschickt macht. Solche Reden habe ich über hundertmal in dieser kurzen Zeit gehört, und ich läge nicht, wenn ich sage, daß ich die Anwendung dieser Grundsätze mehr als fünfzigmal beobachtet konnte. . . .

Nun, und was weiter? fragen Sie. . . . Nun, bisher stand ich allein, konnte mich mit wenigem durchbringen und über die ungerechte Welt schelten. Jetzt will ich aber heirathen, so daß bald ein zweites und mehr Leben in jeder Hinsicht von mir abhängen werden. . . . d. h. auch andere und zwar Personen, die ich mehr liebe als mich selbst, werden durch meine Dummheit zu leiden haben.

Das ist der Grund, weshalb ich mich mit wichtigen moralischen Fragen an Sie wende, mit Fragen, die für mich so wichtig sind, daß ich bitte, sie wohl zu überlegen.

Erste Frage: Da ich mich überzeugt habe, daß Ehrlichkeit eine Dummheit ist und die Erhöhung des irdischen Gemisses hindert — soll ich, auch wenn ich heirathe, ein ehrlicher Mann bleiben auf die Gefahr hin, daß meine Frau und meine Kinder mitleiden oder soll ich ein Kompromiß mit meinem Gewissen schließen und aufhören, ehrlich zu sein?

Noch wichtiger ist für mich die zweite Frage: Soll ich meine Kinder zu ehrlichen Leuten erziehen, oder ist es nicht vielmehr besser, ihnen bequemere Begriffe beizubringen, die ihnen viele Leiden ersparen und sie vielleicht vor einer ansichtslosen Lebensstellung bewahren? Es ist ja möglich, daß sie nicht stark genug sind, die Folgen der Ehrlichkeit zu ertragen. Habe ich ein Recht, die Kinder so zu erziehen, daß ihr geistiges Leben im Widerspruch steht mit der realen Welt und mit der Natur der ungeheuren Mehrzahl der Menschen?

Oder endlich, soll ich gar nicht heirathen?
Was soll ich thun — antworten Sie wie ein ehrlicher Mann!

Der Herausgeber des russischen Blattes umgeht zunächst die Beantwortung dieser Frage, die er sehr „interessant und klug“ findet.

Und klug ist sie in der That für die Vertreter der heutigen gesellschaftlichen „Ordnung“ oder richtiger Unordnung. Denn wer wollte leugnen, daß unter den

heutigen Verhältnissen die Ehrlichkeit zu kurz und der Eigennutz und die Gewissenlosigkeit oben auf kommt? Wer seine Nebenmenschen am rücksichtslosesten ausnützt, wer ihnen die geringsten Löhne zahlt, wer sie die längste Zeit in das Joch der Arbeit spannt, wer nicht davor zurückdreht, die zarte Kraft der Weiber und Kinder immer stärker heranzuziehen, wer sich am besten auf jede Art von verlogener Reklame und Propaganda versteht — der ist auf wirtschaftlichem Gebiete der Mann der Erfolge, sein Nebenbuhler aber, der die Menschenliebe und die Ehrlichkeit noch nicht lediglich für einen eiteln Wahn hält, erliegt im Konkurrenzkampf. Und so ist es auf politischem Gebiete ganz ähnlich, wo das zu allem fähige Strebertum den Sieg davonträgt, der selbstbewusste, freidenkende Mann aber sich sehr rasch unmöglich macht.

Das muß heute so sein, und das wird sich erst ändern, wenn eine neue Grundlage unseres ganzen Lebens geschaffen ist, auf der allein die guten Eigenschaften des Menschen gedeihen können, während sie heute verkümmern und ganz zu Grunde gehen, weil sie nur Noth und Thränen für ihren Besitz nach sich ziehen.

Der oben angeführte Brief enthält weniger eine Anklage gegen die Einzelnen, welche durch die ganzen Verhältnisse unehrlich geworden sind, sondern gegen das ganze heutige System, welches gleichsam auf den Eigennutz und die Gewissenlosigkeit eine Prämie und auf die Gutmüthigkeit und Anständigkeit eine Strafe gesetzt hat.

Wirtschaftliche Widersprüche.

□ Wenn die Arbeiter in manchen Gewerken verlangen, es soll die Akkordarbeit beseitigt werden, es solle ein Lohnsystem mit Stundenlohn oder Wochenlohn, je nach Art des Gewerbes, eingeführt werden, dann erhalten sie aus dem Munde ihrer Gegner stets die Antwort: die Akkordarbeit, der Stücklohn wäre für die Arbeiter ebenso vorteilhaft als für die Unternehmer. Diese Art der Entlohnung mache es unmöglich, daß ein jeder Arbeiter nach Leistung bezahlt und daß auch schwächere Arbeiter beschäftigt werden können. Wer gegen die Akkordarbeit auftritt, der wolle, daß die Faulen von den Fleißigen mit erhalten werden sollen.

Auf aufgeklärte Arbeiter macht diese Beweisführung freilich keinen Eindruck. Sie wissen, daß die Behauptung „Akkordarbeit ist Notharbeit!“ überall wahr ist, wenn auch freilich die Schädlichkeiten derselben nicht überall gleich stark hervortreten, daß aber gerade in den Gewerken, in welchen die Art der Arbeit Kolonnenarbeit nöthig macht, die Akkordarbeit eine ganz ungeheure Ausnutzung der Arbeiter herbeiführt, und die schwächeren Arbeiter vollkommen ausschließt. Es geben die stärkeren Arbeiter den Schritt an, in dem gearbeitet werden muß, und alle mühen sich anzuwenden, „weil die Akkordarbeit“ und ihren Verdienst vermindern. Die Akkordpreise sind aber sehr bald zu gesetzt, daß nur bei voller Ausnutzung ihrer Kraft die stärksten Arbeiter etwas mehr verdienen, als der gewöhnliche Tagelohn beträgt, obgleich sie das Doppelte etwa leisten, was im Tagelohn ein normaler Arbeiter leisten würde.

Es liegt in diesem Umstande aber gerade und lediglich der Vortheil für den Unternehmer. Er erhält die Arbeit um 30 bis 50 Prozent billiger in Akkordarbeit als in Tagelohn hergestellt. Der Arbeiter wird höher ausgenutzt, die Zahl der beschäftigungslosen Arbeiter wird durch die Akkordarbeiter um 30 bis 50 Prozent der Zahl vermehrt, die bei Tagelohnarbeit Beschäftigung finden müßten, um dieselbe Arbeitsmenge herzustellen. Dadurch wird wieder ein weiteres Herabdrücken der Löhne möglich, so daß es notwendig dahin kommen muß, daß am Ende selbst der stärkste Akkordarbeiter nicht mehr über den niedrigen Tagelohnsatz gelangen kann.

Dazu kommt für den Arbeiter als sehr hoch anzuschlagende Schädlichkeit noch die Ueberarbeitung, die die Akkordarbeit herbeiführt, so daß der Arbeiter durch „Wachten“, „Wühlen“, „Schuften“, wie im Handwerksausdruck dieses überhäutete Arbeiten genannt wird, seine Körperkräfte früh veräußert, dann, um sich anzuspornen, zur Schnapsflasche greift, um seinen Körper vollends zu Grunde zu richten, und daß das Loos des Akkordarbeiters, besonders wenn er als Kolonnenarbeiter schwere und anstrengende Arbeit zu verrichten hat, nach kurzer Jugend ein frühes Alter mit gebrechlichem und verwüstetem Körper, schließlich ein früher Tod ist.

Wenn trotzdem die Akkordarbeit bei den Arbeitern Betriediger und Liebhaber findet, so ist in der Regel die Einsichtslosigkeit derselben dafür verantwortlich zu machen. Der junge, kräftige Arbeiter ist stolz darauf, etwas mehr zu erarbeiten, als seine schwächeren Mitarbeiter. Er fühlt sich diesen überlegen und glaubt auf sie herabsehen zu können. Außerdem besitzen heute leider nur wenige Arbeiter die wirtschaftliche Einsicht, um den Schaden der Akkordarbeit ganz zu übersehen. Sie sehen nur die Gegenwart und nicht die Zukunft. Sie bemerken nicht, wie die Akkordarbeit nur eine für sie viel schlechtere Form ist, um sie doch nach Zeit zu lohnen, indem man die Akkordpreise, die Stücklöhne sofort herabsetzt, wenn der Arbeiter bei ihnen in einer gewissen Zeit, in einer Woche oder einem Monat, nach Annahme des Unternehmers zu viel verdient hat, d. h. wenn durch der Arbeiter Anstrengung er etwas mehr verdient hat, als nach den ortsüblichen Gewohnheiten zum Leben gerade notwendig ist. Der Arbeiter murren jedesmal bei solch eintretendem Abzuge, aber er schufet noch in erhöhtem Maße weiter, um einen neuen Abzug vorzubereiten, wenn ihm

wieder mehr zu leisten geblüht ist. Es ist eben eine kapitalistische Lüge, wenn behauptet wird, bei der Akkordarbeit wird der Arbeiter nach seiner Leistung bezahlt. Die Akkordarbeit ist nur eine Arbeitsart, um für denselben Kopf- und Zeitlohn mehr Leistung von dem Arbeiter zu erhalten, mit einer kleinen Prämie für diejenigen verbunden, die durch Ueberhastung oder durch körperliche Ueberarbeitung es ermöglichen, diese Ausnutzung der Arbeiter fortzuzeigen und noch zu steigern.

Es ist, wenige Gewerbe und außerordentliche Umstände ausgenommen, also ein wirtschaftlicher Widerspruch, wenn Arbeiter für die Akkordarbeit eintreten oder sie nicht zu beseitigen streben, wenn die Gelegenheit dazu günstig ist. Dieser Widerspruch entsteht hier aus wirtschaftlicher Einsichtslosigkeit, die den Nutzen von heute nicht gegen den Schaden von morgen abwägen kann. Es liegt ganz in der folgerichtigen Durcharbeitung des Systems unserer heutigen Wirtschaft, wenn die Unternehmer für die Akkordarbeit eintreten. Denn die widerstreitenden Interessen der Arbeiter und Unternehmer kommen hierbei zum ganz natürlichen Ausdruck.

Nun kann aber doch ein Ausnahmefall eintreten, in welchem auch die Unternehmer einen Vortheil darin sehen können, die Akkordarbeit zu beseitigen. Wir wollen hier nicht von dem Umstande sprechen, der z. B. viele Steinmetzmeister dazu bringt, die Akkordarbeit zu beseitigen. Diese fürchten die ewigen Streitigkeiten, welche bei der Abrechnung der Akkordarbeit notwendig entstehen, wegen der schwierigen Abnahme der gefertigten Arbeit, und weil gerade die tüchtigeren und sauber arbeitenden Steinmetzen bei der Akkordarbeit den Prüfern gegenüber zu kurz im Lohn kommen, was ein billig denkender Unternehmer sehr bald gewahr werden und was in ihm den Entschluß reifen muß, mit der ganzen Akkordarbeit zu brechen. Auch haben wir nicht die Fälle im Auge, in welchen ein gewissenhafter Unternehmer ein Stück Arbeit, das besondere Sorgfalt in der Ausführung erfordert, nicht in Akkord machen läßt, um die Arbeiter nicht zum Prüfen zu verleiten. Nein, die Akkordarbeit als Kolonnenarbeit kann, ohne ihre Schädlichkeit für die Arbeiter im Allgemeinen zu verlieren, auch ihre Schärfe gegen die Unternehmer lehren.

Die Kolonnenarbeit als Akkordarbeit kann bei schwerer Arbeit, wie wir schon hörten, nur ganz besonders kräftige und möglichst gleichkräftige Arbeiter verwenden. Sie scheidet alle schwachen Arbeiter ganz ohne Erbarmen ab und öffnet ihnen die Reihen der Kolonnen nicht. Wenn sich die Akkordarbeit an einem Ort in diesem Sinne ausgebildet und organisiert hat, so ist es bei eintretendem gesteigertem Bedarf an Arbeitern ganz ungemein schwer, die Zahl derselben zu vermehren. Es fehlt dazu das in die örtliche Arbeitsmethode gehörig eingebaute und Kolonnen nicht zwingen, mühsameres Material aufzunehmen. Die schwächeren Arbeiter als besondere Kolonnen zu organisieren, geht auch nur in wenigen Fällen. Es gehört dazu, daß die Kolonnen dauernd verbunden bleiben können und ausreichend Beschäftigung das Jahr hindurch für den ganzen Verband vorhanden ist. Dies trifft z. B. bei Erdarbeiten zu, wo man denn auch Kolonnen von der verschiedensten Leistungsfähigkeit und mit dem verschiedensten Verdienst, der häufig so niedrig ist, daß eben nur die sogenannten „billigen“ Arbeiter dabei ihr bedürfnisloses Dasein hinstricken können, neben einander arbeiten.

Wo die Kolonnen mehrfach im Jahre sich neu bilden, nach Bedürfnis verstärkt und vermindert werden müssen, um sich bald wieder ganz oder theilweise aufzulösen und sich neu zusammen zu setzen, ist das Zusammenwirken von erheblich verschiedenen leistungsfähigen Arbeitern am selben Ort nicht gut erreichbar. Es ist also in solchem Falle für die Unternehmer bei einer schnellen Steigerung der Nachfrage nach Arbeitern leicht eine merkliche Unbequemlichkeit und Behinderung durch die Akkordarbeit vorhanden.

Wir haben das in Berlin gesehen bei dem Bedarf an Steinträgern, die ihre Arbeit leider als eine der aufreibendsten Akkordarbeiten in Kolonnen betreiben. Es führte hier zu dem Verluße mit allerlei Hebelmaschinen, die freilich noch alle im höchsten Grade unvollkommen sind und unter den gewöhnlichen Verhältnissen durchaus nicht billiger arbeiten als die Steinträger, ja die mit diesen nur gleich billig arbeiten können durch eine ganz unzulängliche Löhnung der bei den Maschinen beschäftigten Arbeiter. Aber die Maschinen haben es möglich gemacht, weniger kräftige Arbeiter anzustellen, als die Steinträger es sein mußten, um bei den Berliner Akkordlöhnen noch auskömmlichen, der Arbeit „entsprechenden“ Verdienst zu haben. Die Steinträger haben weniger die Verbilligung ihrer Arbeit durch die heutigen Maschinen zu befürchten, als den Umstand, daß die eintretende Konkurrenz der schwächeren Arbeiter ihnen Arbeitsgelegenheit raubt.

Bei der Kolonnenarbeit der Maurer, die ebenso verwerflich und schädlich ist, die ebenso nur für ganz starke und sehr geschickte Arbeiter, die in der ortsüblichen Arbeitsart eingearbeitet sind, den Wettbewerb möglich macht, liegt die Sache ebenso. Berlin kennt die Akkordarbeit bei den Maurern als durchgeführtes System nur bei den Putzern, die die Fassaden und den inneren Wandputz herstellen. Dieselben haben sich deshalb von den übrigen Maurern vollständig abgegrenzt, da sie mit ihnen nicht mehr gemeinsame Interessen haben. Wenn hier nicht für die Unternehmer eine Behinderung entstanden ist bei der sehr gesteigerten Bauhätigkeit in Berlin, so liegt es daran, daß die heutige Mode in der Baukunst sich mehr und mehr von den geputzten Fassaden abwendet, und sogenannte

„edle“ Fassaden bevorzugt aus Ziegel oder Sandstein, es ist also trotz sehr erheblicher Steigerung der Bauhätigkeit ein merklich höherer Bedarf an Kolonnen-Akkordarbeitern (Putzern) nicht eingetreten. Es möchte eher ein Rückgang der Nachfrage vorhanden sein.

Anderes ist es in Hamburg der Fall. Dort hat man sich leider seit Mitte der sechziger Jahre fast widerstandslos die Akkordarbeit aufdrängen lassen und hat nicht die wirtschaftliche Einsicht bejessen, ihre Schädlichkeit stark genug zu erkennen. Es kam das daher, weil nach einer Zeit tiefen Darniederliegens der Bauhätigkeit in Hamburg etwa gleichzeitig mit der Einführung der Akkordarbeit oder bald danach eine starke Steigerung der Bauhätigkeit eintrat. Man verwechselte die Ursachen und war nur zu geneigt, die daraus sich ergebende Verbesserung der Lohnverhältnisse der Akkordarbeit und der sie begleitenden Organisation zuzuschreiben. Die Unternehmer erhielten durch die Akkordarbeit billigere Arbeit, als sie ohne dieselbe erreicht hätten, und die Arbeiter einen etwas höheren Lohn, der aber natürlich den noch höheren Leistungen nicht entsprach. Es schien da die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut.

Diese ist nun aber gestört worden. Ganz plötzlich erfahren wir durch einige Zeitungen:

die Hamburger Bauinnung will die Akkordarbeit der Maurer beseitigen.

Das wird vielen ein unlöslicher wirtschaftlicher Widerspruch zu sein scheinen. Denn daß die Innung dies im Interesse der Arbeiter fordert, diese Annahme ist ohne Zweifel gänzlich ausgeschlossen. Die Gründe, welche die betreffende Innungskommission angeht, lassen über den Grad der Arbeiterfreundlichkeit der Herren auch nicht den leisesten Zweifel.

Wer aber unsere Ausführungen über die Kolonnen-Akkordarbeit begriffen hat, und wenn der Umstand bekannt ist, daß in Hamburg augenblicklich der Zollanschluß unmittelbar bevorsteht und die sehr umfangreiche Bauhätigkeit, die derselbe veranlaßt hat, gegen das Ende dieser Zeit sich ganz fieberhaft steigern muß, wie dies bei den notwendig schlechten Dispositionen unserer heutigen anarchischen Wirtschaftsweise ganz selbstverständlich ist, der wird begreifen, wie die Meister jetzt die Rechte der Akkordarbeit auch zu kosten bekommen. Dieselbe verhindert sie augenblicklich, eine große Schaar Böhmern und Polladen heranzuziehen, weil diese sich mit ihrer schwachen Leistung in die Kolonnen nicht einreihen lassen. Deshalb sind hier Innungsmeister plötzlich Feinde der Akkordarbeit geworden.

Es bringt das neue Jahr uns neue Lieder. Der Andrang der Arbeit durch den Zollanschluß wird sich verlaufen, dann werden die Herren Innungsmeister wieder für den Segen der Akkordarbeit schwärmen und sich der Abschaffung derselben nach Kräften widersetzen. Der Innungsmeister zur Verfügung verbleiben in Hamburg, wo sich die Sache ohne großen Kampf gemacht hätte, ist vielleicht schon verpaßt worden, wenigstens dauert diese gute Gelegenheit nicht mehr lange. Es gehört aber freilich eine mehr als voraussehbare Einsicht der großen Mehrheit der dortigen Maurer im Großen und Ganzen dazu, wenn man annehmen soll, sie werden die Gelegenheit zur Abschaffung der Akkordarbeit jetzt ergreifen, wo sie ihnen augenscheinlich für ihren engeren Kreis Vortheile bringt, wenn sie auch der Gesamtheit der deutschen Maurer nach wie vor schädlich ist. Der persönliche Vortheil und der Eigennutz sind gewaltige Fürsprecher für eine wenn auch schlechte Sache, da hoffen wir wenig. Aber der wirtschaftliche Widerspruch hat sich gelöst.

Einen ähnlichen scheinbaren wirtschaftlichen Widerspruch fanden wir in dem Leipziger Tageblatt vom 1. September in der Handelsbeilage berührt:

Die Sticker (Unternehmer) in Plauen i. V. wollen die Löhne der Sticker (Arbeiter) erhöhen, um konkurrenzfähiger zu werden.

Ist das nicht gegen alle modern-reaktionäre Wirtschaftstheorie? Da steht doch fest, daß wir nur durch niedrige Löhne konkurrenzfähig sein können. Jeder Großen Lohnzulage schädigt den „Nationalwohlstand“, das ist uns doch in allen nur irgend möglichen Thonarten vorgefungen, vorgeprochen, vorgegeschrieben, vorgeorakelt worden und nun erklären diese Plauerer Sticker-Unternehmer, die Löhne müssen erhöht werden, um den „Schleuderpreisen des Auslandes“ entgegenzutreten. Wie verhält sich das?

Wir sind leider durch äußere Umstände verhindert, den Artikel des Leipziger Tageblattes im Wortlaut anzugeben, was er sehr verdient hätte. Wir können ihn nur dem Sinne nach darlegen.

Die Sache liegt so: Schweizer Fabrikanten benutzen die durch die Plauerer Industriellen in bekanntem, kaum glaublichen Maße herabgedrückten Löhne, um aus der Schweiz Stoffe nach der Plauerer Gegend zu bringen, und sie bestickt wieder anzuführen. Solchen Verkehr, in welchem ein Stoff über die Zollgrenze eingeführt und nachdem er durch Arbeit werthvoller gemacht, veredelt ist, von demselben, der ihn einführt, wieder zurück ausgeführt wird, nennt man „Veredelungsverkehr“. Er ist vielfach zollfrei. Er kommt an unserer österreichischen und schweizerischen Grenze ziemlich ausgedehnt vor. Es werden nach hüten und nach drüben Rattune und andere Stoffe und dergleichen hingeführt, um, bedruckt und gefärbt, zollfrei wieder zurück zu kommen und dann in den Handel zu gehen. Auch mit anderen Waaren geschieht das.

Nun sind in der Schweiz die Stoffe bedeutend billiger als bei uns, wo die Materialien durch Schutzzölle ganz riesig verteuert sind. Der Schweizer Fabrikant kann also

bei Plauen von den Plauer Arbeitern billigere Stickeren herstellen lassen und dann nach Frankreich, England, Amerika liefern, als der Fabrikant in Plauen dieselbe Waare liefern kann.

Wird die fertige Stickerei in unser mit Schutzzöllen gesegnetes Vaterland als fertige Waare wieder eingeführt, so tritt der Zoll freilich in Kraft, aber es geht der Streit dahin, wer kann den Engländern, Franzosen und Amerikanern ihr Leben auf Kosten der heimischen Arbeiter so angenehm als möglich machen? Da schlägt der Schweizer Fabrikant den Plauer durch des letzteren eigene Landsteuer.

Deshalb sind die Plauer Sticker-Unternehmer plötzlich Schwärmer für hohe Löhne geworden. Sie wollen den Stickerlohn so hoch stellen, wie in der Schweiz, nur mit Abzug des Schutzzollbetrages, der ihnen das Rohmaterial verteuert. Sie sagen offen, so hoch wie die Schweizer Löhne können wir den Lohn der hiesigen Sticker nicht stellen, denn dann wären unsere Waaren wieder um den ganzen Schutz Zoll theurer. **Den Zoll müssen unsere Arbeiter tragen.**

Es löst sich hiermit unschwer die Frage, die einst von heuchlerischen und läugerischen Volkswirthen aufgeworfen wurde: Wer trägt den Schutz Zoll? Wir sehen hier offen ausgesprochen: der heimische Arbeiter des geschützten Landes. Das ist auch für die anderen Fälle in der Regel ebenso richtig.

Wir hielten es für interessant, unseren Lesern zu zeigen, unter welchen Umständen Arbeiter für Akkordarbeit, Innungsmeister für Aufhebung der Akkordarbeit und wiederum profitgierige Unternehmer für Erhöhung der Löhne sein können.

Wenn aus Unternehmertreuen ähnliche andere „Wohlthaten“ für die Arbeiter erfunden werden, so wird man denselben Hintergrund antreffen, ob diese „Wohlthaten“ nun Innungseinrichtungen, Sparcassen, Konsumvereine, Häuserbauvereine, Krankenkassen oder sonst wie heißen. Es ist immer derselbe Boden, der besteht aus Eigennutz und Profitgier. Für die Arbeiter kommt dabei kein Segen heraus.

Der zweite skandinavische Gewerkschaftskongress in Kopenhagen. *)

I.

Vom 16.—19. August tagte in Kopenhagen der zweite Kongress sämtlicher Fachvereine von Dänemark, Schweden und Norwegen.

Es waren anwesend 16 Delegirte von 21 Fachvereinen aus Schweden, 6 Delegirte von 10 Fachvereinen aus Norwegen, 36 Delegirte von 37 Fachvereinen aus den dänischen Provinzen und 75 Delegirte von 51 Fachvereinen aus Kopenhagen selbst. Zusammen 133 Delegirte, welche 120 Fachvereine vertraten.

Maler Jensen aus Kopenhagen eröffnete im Namen des Kongresskomitees die Versammlung im Versammlungsgebäude der dänischen Sozialdemokraten. Der große Versammlungssaal war reich geschmückt mit rothen Fahnen und mit Schildern von sämtlichen Gewerkschaften. Herr Jensen hieß alle Delegirte von auswärts herzlich willkommen und dankte für den zahlreichen Besuch. Er hob unter anderem hervor, daß dieser Kongress, welcher zusammengesetzt sei, die Beschlüsse, welche hier gefaßt werden, voll und ganz durchzuführen müsse, damit er fruchtbringend werde für alle sachgewerkschaftlichen Organisationen in diesen drei Ländern, damit alle Arbeiter endlich einmal im Stande seien, ihre Lage zu verbessern. „In diesem Saal, wo wir Vertreter der Fachvereine Skandinaviens zusammen gekommen sind, um unsere eigenen wichtigen Angelegenheiten genau zu überlegen, tagte vor 5 Jahren die deutsche Sozialdemokratie, unsere Bruderpartei, und hielt ihren Kongress ab, und ich ermahne hiermit alle skandinavischen Arbeiter, die Beschlüsse dieses Kongresses als ebenso bindend anzuerkennen, wie unsere deutsche Bruderpartei die ihrigen.“ Redner erklärte den Kongress hiermit für eröffnet und brachte ein kräftiges Hoch aus auf das Zusammengehen der Arbeiter Dänemarks, Schwedens und Norwegens. (Bravo).

Punkt 1 war das politische Programm der Fachvereine.

Hierzu hielt Herr Jensen (Kopenhagen) den Vortrag und entwickelte in längerer Rede das Programm der sozialistischen Partei und zum Schluß schlug er die Resolution vor, welche vor 2 Jahren auf dem Göttinger Kongress mit großer Majorität angenommen worden ist. Viele Redner schlossen sich dem Referenten an und sprachen für die Resolution. Herr Möller (Kopenhagen) warnte jedoch, nicht allzuviel Politik in den Fachvereinen zu treiben. (Redner hat vielleicht an Deutschland gedacht. Anm. d. Red.) Zum Schluß trat Herr Jeppesen (Christiania) seinem Vordränger entgegen, und hob unter anderem hervor, daß Fachvereinsmitglieder, sowie alle Arbeiter ihr ganzes Streben dem Sozialismus widmen müßten. Folgende Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen:

a) Da des Arbeiters ökonomische Lage nur unter dem Schutze des Gesetzes als befriedigt angesehen werden kann, so wollen die Fachvereine tun, auf die Gesetzgebung einzuwirken, damit der Arbeiter politisch gleichgestellt wird mit den übrigen Klassen. Die Volkswirtschaft soll nachher des Arbeiters wirtschaftliche Stellung behandeln, und Gesetze erwirken,

welche die Arbeiter schützen gegen die Ausbeutung der Kapitalisten.

b) Alsdann sollen die Fachvereine übereinstimmend hiermit, bei jeder Gelegenheit das behaupten, was von Bedeutung für die Arbeiter ist, ob es nun sozial-ökonomischen oder politischen Charakters ist.

c) Endlich muß man bekennen, daß die privatkapitalistische Produktionsweise ein ständiges Hinderniß ist, das Glück und die Zufriedenheit im allgemeinen zu fördern. Der Kongress spricht sich daher für das sozialistische Programm aus.

Der Schneiderfachverein von Stockholm hielt folgende Anfrage: Hat es Einfluß auf die Arbeitslöhne, daß Staat und Kommune ihre Arbeiten auf Submission ausgeben? In der Diskussion wurde erörtert, daß die Arbeiter dadurch ausgebeutet würden, daß die öffentlichen Arbeiten den Mindestfordernden übergeben werden und in Folge dieser Schmutzkonkurrenz bekommt der Arbeiter einen Lohn, mit dem es unmöglich ist zu leben. Folgende Resolution wurde angenommen:

Werden öffentliche Arbeiten auf Submission ausgegeben, so wird in Folge dessen der Arbeitslohn niedergedrückt, der Arbeiter dadurch ausgebeutet. Der Kongress soll dahin streben, daß die Arbeiten des Staats und der Kommune ausgeführt werden von Fachvereinen jedenfalls ohne Zwischenhändler und unter Festsetzung eines Minimallohnes.

Eine kräftige Organisation der Fachvereine soll dahin wirken, daß der Arbeitslohn in die Höhe kommt, damit der Arbeiter ein menschenwürdiges Dasein führt.

Sodann kam es zur Frage der Streiks. Herr Jensen (Kopenhagen) führte aus, daß die Streiks in sehr vielen Fällen zum Nachtheil der Arbeiter ausfallen, man möchte nur im äußersten Nothfalle, jedoch mit der größten Vorsichtigkeit streiken. Viele Redner äußerten sich im Sinne des Referenten und empfahlen die Errichtung von Produktionsgenossenschaften. Andere sprachen für Errichtung von Schiedsämtern. Verschiedene Resolutionen wurden vorgeschlagen und zuletzt folgende gegen 8 Stimmen angenommen.

Der Kongress spricht seine Ansicht dahin aus, daß ein Streik nicht eher erklärt wird, bis die Arbeiter ordentlich organisiert in Fachvereinen sind, und erst wenn alle friedlichen Mittel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer vergebens sind. Alsdann werden die Fachvereine den Streik nach Kräften unterstützen.

Wie ist ein Streik am besten zu organisieren und wie ist eine gemeinsame Streikkasse für die Arbeiter Skandinaviens zu gründen? Zu dieser Frage wurde vorgeschlagen, einen Wochenbeitrag zu erheben. Knudsen (Kopenhagen) führte aus, daß dieser Vorschlag unmöglich auszuführen sei. Eine kräftige Organisation wurde angeordnet und Hurup (Kopenhagen) schlug vor, daß die Kasse am besten zu erlangen wäre durch lokale Fachverbände. Hansen (Stockholm) sprach für zentralisierte Verbände im Gewerbe. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der Kongress kann sich nicht für die Errichtung einer gemeinsamen Streikkasse erklären, jedoch für Fachverbände und ein organisiertes Zusammenarbeiten zwischen den Fachvereinen.

Der Fachverein der Maurer in Malmö stellte den Antrag, das Akkordsystem abzuschaffen. Viele Redner sprachen sich dafür aus mit dem Zusatz, den Arbeitslohn am Freitag auszusahlen. Ein Resolution wurde angenommen, daß die Fachvereine dahin streben sollen, die Akkordarbeit abzuschaffen und dafür Stundenlohn einzuführen und Bezahlung am Freitag.

Die Arbeiterwelt.

(Nach einem französischen Arbeiterblatt.)

Angesichts der vielen Streiks, deren Rückwirkungen sich überall fühlbar machen und deren Dauer eine ununterbrochene zu sein scheint, angesichts des ökonomischen Uebelwollens der Kapitalisten, die jedes Zugeständniß, jede Verminderung der erdrückenden „Abgaben“, welche sie den Arbeitern entziehen, zurückweisen, angesichts des schrecklichen Zwanges, unter dem die arbeitenden Massen — von Allem entböhrt, vom Hunger gequält — den anerkennenden Orgien einer Bankrottratte zusehen müssen, deren Forderungen und deren Hochmuth keine Grenzen zu kennen scheinen — hat sich in der Arbeiterwelt von einem Ende Europas bis zum anderen, und ebenso im „freien“ Amerika eine unerhörte Verbitterung angehäuft.

Die Streiks, diese Schwärmel des sozialen Krieges, tauchen nahezu überall auf, und sie werden nicht wieder aufhören, sondern im Gegentheil an Stärke zunehmen bis zu dem Tage, wo die Produzenten, durch eine harte Erfahrung belehrt, zu der Einsicht kommen, daß die theilweise oder allgemeine Einstellung der Arbeit (wenn letztere wirklich zu bewerkstelligen wäre) ganz hilflose Mittel sind, um die Befreiung der Arbeit herbeizuführen — wo sie daher, der besseren Erkenntniß ihrer Rechte und Pflichten folgend, endlich eine dauernde und mächtige wirtschaftlich-politische Organisation schaffen werden.

Aber welcher weiter Weg liegt noch vor uns! Wie viel Bemühungen wird es noch gelten ehe wir es so weit gebracht haben!

Unsere Pflicht als Sozialisten besteht uns, die Wahrheit nicht zu verschweigen, sondern es offen und mit erhobener Stimme zu sagen, damit es alle Beteiligten vernehmen: daß die Arbeiterwelt heute erst im Keime vorhanden ist, daß sie ihre Kräfte erst zu sammeln beginnt!

Mögen diejenigen, welche an der Wahrheit dieses Zugeständnisses zweifeln, einmal ihre Blicke um sich werfen, mögen sie die Kämpfer unserer Organisation zählen und sie dann vergleichen mit der ungeheuren Masse der Indifferenten, der Energielosen, derjenigen, die sich mit uns nicht solidarisch fühlen! Welch eine Armee macht das aus, und welche Gefahr birgt diese Menge für die geringen Kerntuppen der Tapferen!

Und so ist es in jedem Lande! Wenn wir unsere Augen auf unsere internationalen Kräfte richten, auf die Handvoll der wirklich zielbewußten, zum Handeln Entschlossenen, auf das kleine Häuflein derjenigen, die wirklich unabhängig und von allen Klassen- und Klassen-Vorurtheilen frei sind — müssen wir nicht dahin kommen, bescheiden zu sein?

Folgt daraus aber etwa, daß wir Grund hätten, zu verzweifeln und den Kampf aufzugeben? Nein, gewiß nicht! Aber es ist nothwendig, daß man die Lage genau übersehe, daß man nicht in's Ungewisse hinein den politisch-wirtschaftlichen Kampf beginne, und daß man seine Taktik nur den verfügbaren Mitteln entsprechend einrichte!

Darum schreiben wir auch diese Zeilen. Wenn man sie anders auslegen wollte, so hieße das, der Wahrheit widersprechen und die Ansicht des Schreibers verdrehen. Schließlich werden auch die kleinen wirtschaftlichen Kämpfe, die heute durch die Streiks ausgefochten werden, damit enden, daß sie selbst dem Widerpenstlichsten zeigen, wie nothwendig ein gewerkschaftlicher und politischer Zusammenschluß aller Arbeitenden ist. Alles wirkt heute auf diese Erkenntniß hin, fast in allen Ländern haben sich die Arbeiter zu einer besonderen Partei zusammengeschlossen und auf ihren Kongressen entwerfen sie die ersten und unumgänglichen notwendigen Grundlinien zu dem großen vereinigten Werk für das Proletariat aller Länder.

Ein Jahr trennt uns nur noch von den großen Arbeiter-Kongressen des Jahres 1889. Nützen wir diese Zeit aus, um unsere Kräfte zu verstärken, um das Joch der Ungleichgiltigkeit abzuschütteln, welches auf vielen unserer Brüder der Arbeit noch lastet. Nützen wir den Muth auf, wo er gesunken ist. Verstärken wir unsere Organisation, erörtern wir die Forderungen, welche alle Sozialisten vertreten sollen, die von allen Enden der Welt herbeikommen werden, um den Bund der Leibeigenen des modernen Kapitalismus zu besiegeln!

In Vorstehendem glauben wir gezeigt zu haben, daß die Schönfärberei unsere Sache nicht ist. Aber wir sind auch nicht weniger überzeugt, daß, wenn wir nur energisch die Hände rühren, und wenn keine verhängnißvollen Ereignisse dazwischen treten, niemals ein gewaltigerer Vorstoß zu Gunsten unserer Sache unternommen werden kann, wie gerade vor den Kongressen und durch dieselben. Komme es, wie es wolle, die Augen der Arbeiter werden sich öffnen, und mit uns werden sie dafür eintreten, daß ihre Hebung und Befreiung nur durch ihre eigene Kraft zu erwarten ist!

Sammelt Euch!

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in dem Fachblatt „Der Gerber“:

Wenn man etwas erreichen will, muß man eine Kraft dahinter setzen. Es ist nicht genug gethan, daß man fromme Wünsche äußert, sich für irgend etwas interessiert, sondern es muß, da es einem nicht auf dem Präsesenteller entgegengebracht wird, erkämpft werden. Aber auf welche Weise? In dem der Einzelne ins Feuer geht und gleich dem Schweizer Winkelfried sozusagen die Spieße des Feindes in seine Brust treibt, um den Anderen eine Gasse zu bahnen? Das wäre freilich sehr heroisch, wenn es sich dabei auch nicht um richtige Spieße handelt, sondern darum, daß man aus der Arbeit geworfen, mit sammt seiner Familie auf die Straße gesetzt wird, wobei man ruhig zusehen kann, ob diejenigen, denen man den Weg bahnte, auch erkenntlich dafür sind.

Nein, darum handelt es sich heute nicht. Der einzelne Arbeiter ist in dem Befreiungskampfe der Arbeit völlig machtlos.

Es giebt also heute für Einzelne keine heroischen Thaten zu verrichten, d. h. keine solchen, welche eine Entscheidung im allgemeinen Kampfe herbeiführen könnten, womit selbstverständlich nicht gesagt werden soll, daß bei den einzelnen Episoden dieses Kampfes nicht große Opfer von Einzelnen zu bringen wären.

Worum es sich heute handelt, ist, die zerstreuten Schaaeren zu sammeln, die ja zum großen Theil noch nicht einmal zu der Erkenntniß gekommen sind, daß das Kapital ihr Gegner ist; ja, die zu einem gar nicht geringen Theil in dem Wahn befangen sind, daß es ihr „Wohlthäter“ sei, ohne welchen in der Welt nichts unternommen würde, und dem sie also ihre Existenz verdanken.

An diese Elemente ist nur heranzukommen, wenn man sie veranlassen kann, sich auf dem Sammelplatze einzufinden — den Organisationen anzuschließen —, wenn sie auch noch nicht wissen, wohin der Marsch eigentlich gehen soll. Die Aufklärung seitens der fortgeschrittenen Elemente wird dann schon das Weitere thun.

Der energischste und opferwilligste Arbeiter ist nur ein einzelner Stab im Bündel. Allein kann er nichts ausrichten, nur vereint mit den Uebrigen ist er stark. Und darum lautet der Ruf im heutigen Kampfe: Sammelt Euch! Nur die Vereinigung kann zum Siege führen.

Dies zur Erkenntniß der Massen zu bringen — welche wohl dumpf fühlen, daß es ihnen irgendwie fehlt, aber nicht wissen, wie diesem abzuwehren ist — muß eine unserer Hauptthätigkeiten sein. Und je mehr Erfolg wir damit haben, um so leichter wird es uns gemacht, geistige Aufklärung zu verbreiten. Der isolirte Arbeiter hat einen beschränkten Gesichtskreis. Ihn kümmert nur das eigene Ich, und er sieht nur, „so weit seine Nase reicht“. Er will nichts wissen von dem, was außer seinem einspurigen Geleise ist.

Es ist eine mühsame häufig vergebliche Detailarbeit, die Aufklärung solcher Elemente. Aber veranlaßt sie, in

*) Der erste Kongress tagte vor 2 Jahren in Göttingen in Schweden.

irgend eine Organisation einzutreten, welche sich nicht mit Spielereien beschäftigt, sondern für den Fortschritt der Menschheit wirkt — dann werden sie, wenn auch langsam, aber sicher andere Menschen werden, die ein offenes Auge für das haben, was um sie herum vorgeht. Dann werden sie tüchtige Glieder des großen „Heerbannes“ werden, welcher dazu berufen ist, alles Unrecht aus der Welt zu schaffen.

Die Organisation ist der Panzer, den wir uns anlegen, nicht nur um die Hiebe des Feindes aufzufangen, sondern um unter seiner Deckung langsam und sicher vorzudringen.

Vereinigung ist die Signatur der Zeit. Bei den Gegnern ist es die Vereinigung, um aus dem Ertrage der allgemeinen Arbeit kleine Kreise zu bevorzugen; bei den Arbeitern diejenige des Widerstandes, welche schließlich zur Solidarität führen wird.

Mahregelungen, Prozesse.

Der Reichstagsabgeordnete Liebknecht ist auch für das Hanau-Frankfurter Gebiet ausgewiesen worden.

Konfiszirt. Die letzte Nummer der in München in Bieder's Verlag erscheinenden „Münchener Post“ wurde am letzten Sonnabend sozialistengesetzlich konfiszirt. Anlaß über die Konfiskation gab ein Artikel über die Thatsache, daß in München ca. 1500 bis 2000 Schulkinder Mittags ohne Aufsicht und theilweise ohne Mittagbrot sind.

Leipzig. Fünf Ausweisungen! Es geht wieder los! Die fünf Steinweggen Franz König, Hermann Eichhorn, Hermann Jacob, Albert Kolbe und August Hermann wurden auf Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesen. Sie sind unseren Lesern aus dem Steinweggenstreik-Gleichmüthsprozess bekannt. Eichhorn hat noch 5 Wochen, Jacob 7 und Hermann 2 Wochen von seiner Strafe zu verbüßen. Zu welchen Mitteln die Leipziger Steinweggenmeister bei dem Lohnkampfe gegriffen haben, ist schon des öfteren bargelegt worden, und in Anbetracht dessen wird man sehr leicht zu dem Gedanken gedrängt, daß bei dieser neuesten Maßregel gegen die fünf Arbeiter die Leipziger Steinweggenmeister mit Material gebiet haben könnten. Sollte dies der Fall sein, so können die Herren Innungsmeister auf den Vorbeeren ihrer Thaten ausruhen; sie haben dann 4 Familienväter von ihren Familien getrieben!

Sozialistenprozess in Berlin. Der Prozess gegen Mähler und Genossen wegen Majestätsbeleidigung und Vergehens gegen das Sozialistengesetz resp. die polizeilichen Vorschriften über das Plakatwesen wurde am Dienstag vor der 4. Herrenstrafkammer des Berliner Landgerichts I verhandelt.

Es handelte sich um die bekannte Belledung der Thronrede mit rothen Streifen, welche die Aufschrift: „Antwort: Hoch die Sozialdemokratie!“ enthielten. Das Aufleben fand in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli in ganz Berlin statt und als der That verdächtig wurden folgende 24 Personen in Haft genommen:

Strumpfweber Mähler — Drechsler Doth — Tischler Giedow — Klempner Fröhner — Tischler Meyer — Arbeiter Engels — Möbelpolier Bud — Arbeiter Kuske — Arbeiter Janide — Schlosser Küner — Maurer Volte — Metallbrecher Schönborn — Arbeiter Wagner — Arbeiter Nabe — Schlosser Scholz — Schlosser Augbach — Tischler Hoffmann — Arbeiter Braun — Zimmermann Pöster — Schriftsetzer Pollack — Cigarrenmacher Götting — Maurer Jachert — Maurer Dammebauer — Arbeitsbürche Böse.

Im Laufe der Verhandlung wird dieselbe bezüglich der Angeklagten Meyer, Bud, Kuske, Janide, Nabe, Scholz, Hoffmann und Braun behufs Vernehmung weiterer Belastungszeugen verlag.

Die anderen Angeklagten werden sämtlich von der Anklage wegen Majestätsbeleidigung freigesprochen.

Sie werden jedoch mit Ausnahme von Giedow und Böse wegen Vergehens gegen § 28 des Sozialistengesetzes (der „kleine Belagerungsstand“-Paragraph, Ankleben von Plakaten ohne polizeiliche Genehmigung) und gegen § 134 des Reichsstrafgesetzbuchs (Beleidigung oder Verungeltung öffentlich angeklagter behördlicher Bekanntmachungen) zu 2 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft, verurtheilt. Gegen Giedow wurde auf 6 Wochen Gefängnis unter Anrechnung eines Monats Untersuchungshaft, gegen Böse auf 14 Tage Gefängnis, welche als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet werden, erkannt.

Auf Antrag der Verteidigung wurden sämtliche Angeklagte aus der Haft entlassen.

Arbeiterversicherung, Gewerkschaftliches.

In der Bezirksarmenanstalt zu Stollberg betragen während des letztverflohenen Jahres die Verpflegungskosten für je einen Insassen täglich 45 Pfg., eine Thatsache, welche im Hinblick auf die im Alters- und Invaliden-Gesetzentwurf vorgesehene Altersrente in Höhe von 33 1/2 Pfg. pro Tag der Beachtung werth erscheint. 45 Pfennige der Arme, 33 1/2 Pf. der Rentner —, das ist nicht einmal eine Verbesserung des Armenwesens, geschweige denn gar — Sozialreform.

Zum Altersversicherungsgesetz wird eine sehr beachtende Aeußerung des Bezirksarztes Dr. Schmid in Bruch bei München veröffentlicht. Derselbe erklärt nämlich, daß die Altersversicherung für Arbeiter in Spinnereien nicht in Betracht komme „infolge Mangels an höheren Altersklassen“.

Nach einer Statistik der Leipziger Buchdrucker-Gehülfen, von der nur wenige Druckereien sich ausgeschloffen, stellt das Alter der Leipziger Buchdruckergehülfen sich folgendermaßen:

	Seher	Drucker	Zusammen
unter 18 Jahren	—	1	1 Gehülfe
18—20	112	61	173
21—25	254	74	328
26—30	299	86	385
31—35	156	45	201
36—40	134	36	170
41—45	84	24	108
46—50	54	11	65
51—55	27	5	32
56—60	27	1	28
61—65	10	3	13
66—70	7	1	8
71—75	4	1	5
76—80	1	—	1

Es stellt sich hiernach das Durchschnittsalter auf noch nicht 30 Jahre; der größte Theil der Gehülfen ist unter 30 Jahre alt. Was bedeutet nun hierbei die erst mit dem 70. Lebensjahre beginnende „Altersversorgung“?

Der zweite deutsche Innungstag, der vom 10.—12. September in Berlin stattfand, sprach sich natürlich wiederum für die Legitimationspflicht der Gesellen aus. Die betreffende einstimmig angenommene Resolution lautet:

Der II. deutsche Innungstag erklärt, daß zur organischen Durchführung des Innungsgesetzes vom 18. Juli 1881 die allseitige Regelung des Gesellen-Legitimationswesens im Interesse der Ordnung in unseren Werkstätten notwendig ist;

er fordert zu diesem Behufe die Ausdehnung der gesetzlichen Verpflichtung zur Führung eines Legitimations-Ausweises auf die sämtlichen Altersklassen der gewerblichen Arbeiter

mit der Maßgabe, daß die Ausgabe der Legitimationsbücher durch Innungsverbände und die Abstempelung sowie die sonstige Handhabung... lediglich durch die Innungen geschehe.

Der deutsche Innungstag beauftragt das Bureau, in jeder nur möglichen Weise auf die gesetzliche Durchführung der obligatorischen Arbeitsbücher sowohl bei den Behörden als auch beim deutschen Reichstage hinzuwirken.

Die Innungen wollen also die Legitimationen vollständig in die Hände bekommen, um die Arbeiter nach freiem Belieben kennzeichnen zu können. — Ebenso war ihre Stellung zu den Schiedsgerichten und Arbeitsnachweisen, überall sollen die Junstmeister die erste Geige spielen, um die Unternehmerinteressen zur Geltung zu bringen. Bei der Alters- und Invalidenversicherung war man dagegen so gnädig, zu beschließen, die Altersrente solle vom 60. (nicht vom 70.) Lebensjahre ab gewährt werden, die eine Hälfte der Kosten sollten die Versicherten, die andere der Staat tragen, die Unternehmer — nichts. Dafür sollen aber die Berufsgenossenschaften (d. h. also die nicht zahlenden Unternehmer) die Verwaltung in die Hand bekommen. Man weiß nicht, soll man mehr über die Einfachheit oder die Einfältigkeit und Ausverschämtheit solcher Beschlüsse staunen! Natürlich bekamen Hausirhändler, Abzahlungs-Geschäfte, Offiziers-Konsumvereine auch ihr Theil ab, zur Besprechung der Sonntagsarbeit hatte man jedoch — keine Zeit. Weiter beschloß man, darauf hinzuwirken, daß die „bevorzugte“ Stellung der freien Hilfsklassen beseitigt werde, natürlich wiederum zum Vortheil der Innungskassen, welche für Arbeiter bei Innungsmeistern obligatorisch werden sollen. Zur Unterdrückung von Streiks schlug Herr Fohs-Hamburg im Namen des Hamburger Innungsausschusses folgendes vor:

Streitigkeiten und Differenzen über Feststellung von Lohn- oder Arbeitsbedingungen eines Gewerks unterziehen der Untersuchung und Entscheidung eines Einigungsamtes.

Das Einigungsamt muß zusammengesetzt sein aus einem von der Aufsichtsbehörde für die Innungen und den übrigen bürgerlichen Ständen zu ernennenden Vorsitzenden und... Beisitzern, welche zu gleichen Theilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen.

Unter Anwendung körperlichen Zwanges (§ 153 der Gewerbeordnung), sowie Drohungen, Ehrverletzungen oder Verurtheilung bei Streiks ist u. a. zu verhindern:

1. Gewalt gegen Person oder Vermögen. Öffentliche Bekanntmachung irgend welcher Art, welche Namen von Arbeitgebern oder Arbeitnehmern enthalten, sind, sobald sie zu Zwecken der Arbeitsverweigerung oder dergleichen veröffentlicht werden, als Gewalt (!) gegen Vermögen zu betrachten.

2. Drohung oder Einschüchterung oder Aufstellung von Bedingungen seitens der Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, welche einem Friedensbruch gleichkommen oder in die Hausordnung des Einen oder des Andern hineingreifen;

3. Belästigung oder Störungen folgender Art:
a) beständiges Verfolgen von Ort zu Ort, zum Zwecke des Arbeitsanschlusses;
b) Versteck von Werkzeugen oder Kleidungsstücken oder deren Fortnahme oder Hinderung an dem Gebrauche solcher;
c) Ueberwachung oder Umstellung von Bahnhöfen, Schiffs-Landungsplätzen oder sonstiger öffentlicher Verkehrsanstalten, des Wohnhauses resp. des Arbeits- und Geschäftsorts oder der Zugänge zu solchen, oder Verfolgung eines Einzelnen in ungebührlicher Art auf Straßen.

Auch diese Resolution wurde natürlich gebilligt.

Die Drechsler warnen vor Zuzug nach Hamburg.

Die Glasergesellen Leipzigs haben wegen Streitigkeiten über Einführung eines Lohntarifs die Arbeit niedergelegt und bitten darum, den Zuzug fernzuhalten. Die Meister suchen besonders Tischler aus Norddeutschland heranzuziehen.

Der Arbeitsnachweis für Töpfer in Hamburg. Am 10. September nahmen die Töpfer Hamburgs folgende Resolution an: In Erwägung, daß der von den Töpfermeistern Hamburgs errichtete Arbeitsnachweis, Hohe Mühlen 41, ein Privatunternehmen seitens der Meister ist, welches geradezu in die Rechte der Gesellen eingreift;

daß dieser Nachweis von einer Person geführt wird, welche jeder Einsicht und Sachkenntnis entbehrt, andererseits aber ein Arbeitsnachweis der Töpfergesellen mit Kenntniss der Meister besteht,

erklärt die heutige Versammlung, den Arbeitsnachweis der Meister nicht zu benutzen und Stellung gegen diesen Arbeitsnachweis zu nehmen,

zu gleicher Zeit aber nur den Arbeitsnachweis des Fachvereins der Töpfer Hamburgs, welcher bisher allen Anforderungen genügt hat, als die Interessen der Töpfer Hamburgs fördernde Institution anzuerkennen, zu unterstützen und festzuhalten,

alle anderen Arbeitsnachweise aber bis auf Weiteres zu ignoriren.

Es befindet sich also das Arbeitsnachweis- und Wanderunterstützungsbureau des Fachvereins der Töpfer Hamburgs nach wie vor bei Herrn Diehl, **Gr. Rosenstraße 37** in Hamburg.

Bereine und Versammlungen.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Zimmerleute Berlins und Umgegend am Montag, den 24. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Rotbuserstraße 4a. Tagesordnung: Referat und Diskussion über die Gesetzesvorlage der Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter. Referent:

Herr Max Schippel. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes. Die Versammlung ist genehmigt.

Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Louisestädtschen Klubhaus, Annenstr. 16 I. Tagesordnung: 1. Zur Frage der weiblichen Hilfsarbeiter. 2. Verschiedenes und Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste willkommen.

Eine öffentliche General-Versammlung der Drechsler und Berufsgenossen findet am Dienstag, den 18. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmartstraße 72 (Ecke Alexanderstraße) statt. Tagesordnung: 1. Vortrag und Diskussion über „Unsere Lohnverhältnisse“ und „Was wir wollen“. 2. Die Stellung der Berliner Kollegen für den Eintritt in eine **Lohnbewegung**. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung werden die Gewerkschaftskollegen Berlins zu recht zahlreichem Besuch dieser Versammlung eingeladen.

Freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen. Versammlung am Montag, den 17. September, Abends 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Scheffer, Inselstr. 10. Tagesordnung: 1. Vereinsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Mitglieder werden aufgenommen.

Große öffentliche Generalversammlung sämtlicher Zimmerleute Berlins und Umgegend am Sonnabend, den 15. September, Abends 8 1/2 Uhr im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstr. 72. Tagesordnung: Abrechnung des Arbeitsnachweises. Neuwahl der Kommission. Verschiedenes.

Schneider-Versammlung. Die am 14. August cr. in der öffentlichen Schneider-Versammlung gewählte Siebener-Kommission (um die Organisationsfrage der Schneider Berlins zu beraten) hat ihre Arbeiten beendet und beruft zu Montag, den 17. d. M., nach dem Louisestädtschen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37, eine Versammlung der Schneider Berlins mit der Tagesordnung: ein Bericht der Siebener-Kommission über die Organisationsfrage der Schneider Berlins und eventuelle Vorschläge zur Gründung einer Lokalorganisation. Referent Herr Jähmann. Bei dieser hochwichtigen Frage für die Berufsgenossen ist zahlreicher Besuch erwünscht.

Zentral-Krankenkasse der Maurer u. (Grundstein zur Einigkeit), örtliche Verwaltung Berlin I. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 16. September, Vormittags 10 Uhr, Inselstr. 10. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Dr. Sommerfeldt über das Thema: „Wie gelangen die thierischen Parasiten, insbesondere die Bandwürmer, in den menschlichen Körper.“

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin I. Sonntag, den 15. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Lichterfeldestr. 8 (Wilhelmshöhe), Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Innere Kassenangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 3. Versammlung, Montag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Mantelstr. 90. Tagesordnung: 1. Kassenbericht für Juli-August. 2. Verschiedenes.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 6. Sonntag, den 16. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, Gartenstr. 123 bei Krüger, Mitglieder-Versammlung.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg). Filiale Berlin 7. Sonntag, den 15. September, Abends 8 1/2 Uhr, bei Jakob, Lindowstraße 26, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Wahl von Beitragsamtlern und Krankenbesuchern. 3. Verschiedenes.

Fachverein der Former und verw. Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 17. d. M., Abends 8 Uhr, in Krüger's Salon, Wasserthorstr. 68. Tagesordnung: 1. Wie verhalten wir uns zur Einführung der Lohnarbeit? (Referent Herr Köstlin). 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Wahl eines Revisors. 5. Verschiedenes und Fragelasten.

Verein zur Wahrung der Interessen der Tischler. Sonntag, den 15. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Köpcke'str. 68, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Ganiy. 2. Aufnahme neuer Mitglieder und Verschiedenes.

Fachverein der Lithographischeinschleifer und **Berufsgenossen.** Versammlung Montag den 17. d. M., Abends 9 Uhr, Grenadierstr. 33. Vortrag des Herrn Sander über Zweck und Ziel des Fachvereins. Gäste willkommen. Die Lugsapapierpräger sind besonders eingeladen.

Produktiv- und Rohstoff-Genossenschaft der Schneider zu Berlin. (E. G.) Generalversammlung Dienstag, den 18. September 1888, im Lokale Mohrenstr. 40. Tagesordnung: 1. Monatsbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Geschäftliches.

Maler und verwandte Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin West und Südwest.) Versammlung, Dienstag, den 18. d. M., Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Schweizer. 2. Wahl eines Bibliothekars und Ertragswahl der Arbeitsvermittlungskommission. 3. Grenzregelung. 4. Verschiedenes.

Große Landpartie der Schuhmacher am Sonntag, den 16. September. Treffpunkt: Kolonischer Platz, Mittags 1 Uhr.

Freireligiöse Gemeinde, Rosenhalerstr. 38. Sonntag, den 16. d. M., Vormittags 10 Uhr, Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Die Wahrsamkeit“. Damen und Herren als Gäste willkommen. — Am Montag, den 17. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, ebendortselbst beschließende Versammlung der Mitglieder.

Gingefandt.

Velten, 26. August. Sonntag Vormittag wurden die hiesigen Fabriken durch den Amtsvorsteher, auf Veranlassung der höheren Behörde revidirt, da bei der letzteren eine Denunziation eingelaufen war, daß an jedem Sonn- und Feiertag Vormittag regelmäßig gearbeitet wird, was auch der Wahrheit vollkommen entspricht. Ganz besonders werden die vielen Lehrlinge dazu gezwungen, auch an diesen Tagen ihr Arbeitspensum zu leisten, ohne daß ihnen eine Entschädigung dafür geboten wird. Es handelt sich also bei dieser Art der Sonntagsarbeit nicht nur um die unbedingt nöthige Arbeit, als Nachsehen der im Feuer stehenden Brände und dergleichen, sondern um Fabrikation. In vorrätiger Form hatte die „Velten'sche Zeitung“ davon eine Notiz gebracht und der Redakteur, Herr W., erhielt dafür vom Amtsvorsteher eine Rechtsverweisung, als beruhe die Mittheilung auf Unwahrheit, obgleich die Thatsache bereits im ganzen Ort bekannt war. Nun kamen die Herren Fabrikanten zu der Frage: Wer ist der Denunziant? Die Antwort war gleich bereit: der Vorstand des hiesigen Töpfer-Fachvereins! Dieser beehrte sich, die Beschuldigung zurückzuweisen, indem er im Begriff war, eine Annonce an die Adresse der Fabrikanten zu richten, deren Wortlaut ungefähr war, es sei nicht Aufgabe des Fachvereinsvorstands, Denunziationen einzusenden, derselbe beschäftige sich mit würdigeren Dingen; doch wurde diese vom Redakteur mit der Entschuldigung zurückgewiesen, nicht noch gegen die Fabrikbesitzer vorgehen zu können. Da diese Zeitung also augenscheinlich nur für den Amtsvorsteher und die Fabrikanten bestehen will, wie sie uns ja schon öfter gezeigt hat, so sollten die Arbeiter sich doch endlich belächeln lassen und jenen auch das Abonnement allein überlassen, sich dafür jenen Zeitungen mehr zuzuwenden, die nicht allein mit Vergnügen das Geld des Arbeiters einstecken, sondern auch ehrlich und wahr die Interessen derselben vertreten.